

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag II, Keltánka 18 • Tel.: 26703, 31400, Nachred.: (ab 21 Uhr): 33838 • Postamt: 37544

12. Jahrgang.

Samstag, 24. September 1932

Nr. 226.

Kampf gegen Hunger und Wirtschaftsnot!

Gemeinsame Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterparteien.

Die am Donnerstag, den 22. September 1932 stattgefundene Beratung der deutschen und tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterparteien hat sich auf folgender Kundgebung geeinigt:

Die schwere Wirtschaftskrise dauert an. Die arbeitende Bevölkerung steht vor den schwersten Herbst- und Wintermonaten. Fast eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte suchen vergeblich Arbeit und Verdienst. Die Anzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wächst in der letzten Zeit.

Wir Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik, die in ständigem Kontakt mit der Arbeiterschaft stehen und ihre Lage genau kennen, legen öffentlich Zeugnis dafür ab,

daß die Situation dieser Arbeitslosen und Kurzarbeiter eine verzweifelte ist.

Der Großteil von ihnen führt ein menschenunwürdiges Dasein, in welchem der fürchterliche materielle Mangel verschärft wird durch das schreckliche seelische Leid.

Die arbeitende Bevölkerung soll nunmehr den dritten Winter inmitten der schweren Krise durchleben.

Die Hoffnung auf Beschaffung der Arbeit für alle Arbeitslosen ist nicht vorhanden. Die öffentliche Hilfe, die den Arbeitslosen zuteil wird, reicht kaum zur Befriedigung der primitivsten Bedürfnisse der menschlichen Existenz hin; die Mittel der Faktoren, welche bisher geholfen haben, — der Gemeinden, der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeitergenossenschaften — sind erschöpft.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Beseitigung der Krise und die Verhinderung ihrer Wiederkehr nur möglich ist durch Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftssysteme, die dauernden Wohlstand und Sicherung der Existenz allen Gliedern der menschlichen Gesellschaft nur der Sozialismus gewähren kann, welcher die Organisation der Produktion und der Distribution durchführt wird. Aber dabei sind wir überzeugt, daß in der heutigen Gesellschaft

der Kampf mit der Wirtschaftskrise und die Sorge um die Arbeitslosen die kardinalste Pflicht des Tages

ist und daß der Staat keine höhere Verpflichtung in diesem Augenblicke hat, als

mit allen Kräften zur Linderung der Krise und ihrer Folgen zu wirken.

Zu dieser Pflicht rufen wir die Regierung des Staates und alle Bevölkerungsschichten auf. Auf dieses Ziel hat auch hauptsächlich die Politik der sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahren hingesteuert.

Unsere Forderungen:

Deshalb legen heute die sozialdemokratischen Parteien der Regierung, der Nationalversammlung und der gesamten Öffentlichkeit die Forderungen vor, von deren Verwirklichung wir eine Linderung des Übels erwarten.

Vor allem verlangen wir eine

planmäßige Regelung und Kontrolle der Wirtschaft.

Es ist notwendig, daß die Wirtschafts- und Handelspolitik sich der Struktur des Staates anpasse, damit wir zur Besserung der wirtschaftlichen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Inland kommen, sobald dies die internationalen Verhältnisse gestatten.

Daher streben wir auch eine

Verbesserung des Gesetzes über die Exportkredite

an, um die Ausfuhr unserer Produkte zu steigern.

Zur Linderung der auf die Produktion und Arbeitsschichten einwirkenden Lasten kann die Ermäßigung des Zinsfußes beitragen.

Die Produktionspolitik und die Preisbildung privater Monopole muß im Interesse der Konsumenten und des Staates durch

Erlassung eines Kartellgesetzes

der öffentlichen Kontrolle unterzogen werden.

Eine unerläßliche Notwendigkeit ist die

Evidenz und Regulierung des Arbeitsmarktes,

welche nur durch das Gesetz über die Arbeitsvermittlung herbeigeführt werden kann. Der technische Fortschritt, die Rationalisierung der Produktion, die Verbesserung der Organisation der Arbeit, erfordern die

Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden in der Woche, wodurch einem Teil der Arbeitslosen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit geschaffen wird.

Eine große Anzahl von Arbeitern kann bei

Durchführung des vorgesehenen Investitionsprogrammes,

vor allem des Straßenbaues, des Baus von Wasserstraßen, der Meliorations- und Elektrifizierungsarbeiten, durch Steigerung der Bestellungen einzelner Zweige der Staatsverwaltung Beschäftigung finden. Damit diese Investitionsarbeiten mit Beschleunigung durchgeführt werden können, fördern wir die

Ausschreibung einer Investitionsanleihe

zur Beschaffung der finanziellen Mittel. Damit auch die Selbstverwaltungskörper, die Gemeinden und Bezirke zur Linderung der Arbeitslosigkeit beisteuern können, verlangen wir die Möglichkeit der Einführung einer besonderen

Investitionsumlage für die Selbstverwaltungskörper

bis zu jener Zeit, bis eine grundlegende Änderung des Gesetzes über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper und die Organisation der politischen Verwaltung durchgeführt sein wird.

Die gemeinnützige Bautätigkeit ist intensiv zu fördern. Es ist deshalb die

Verabschiedung des Wohnungsgesetzes

unerläßlich notwendig. Bis dahin müssen hinreichende Mittel für die Bauförderung zur Verfügung gestellt werden.

Die produktive Arbeitslosenfürsorge

ist in einem größeren Umfang und unter entsprechender finanzieller Beihilfe des Staates zu fördern. Wir verlangen deshalb, daß die erforderlichen Beträge flüssig gemacht werden, damit die Gesuche der Gemeinden und Bezirke der Erledigung zugeführt werden können. Es ist deshalb notwendig, daß die Vorlage über den

Beitrag der Unternehmer für Arbeitslose,

dessen Ertrag zum größten Teil für produktive Arbeitslosenfürsorge und für eine ausgiebigere Durchführung der Ernährungsaktion bestimmt ist, deren Ausgestaltung wir mit allem Nachdruck fordern, durchgeführt werde.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, die mit Aufgebot ihrer Kräfte ihrer stets steigenden Verpflichtung den Arbeitslosen gegenüber nachkommen, müssen die notwendige finanzielle Hilfe erhalten.

Wir fordern ferner von der Regierung, daß sie alle notwendigen Maßnahmen trifft, die darauf abzielen, daß von der arbeitenden und studierenden Jugend, die unter der gegenwärtigen Produktions- und Wirtschaftskrise fürchterlich leidet, die Gefahr der Degeneration abgewendet wird.

Auch die arbeitenden landwirtschaftlichen Schichten leiden schwer unter der Wirtschaftskrise, auch hier ist Hilfe unerläßlich. Wir fordern deshalb die

Stabilisierung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte

auf einen Rentabilitätsstandard, durch welchen die Landwirte vor Verlusten, die Konsumenten vor Bewucherung geschützt werden und durch welche die Funktion und der Gewinn des Vermittlers und auch des Verarbeiters der landwirtschaftlichen Produkte geregelt wird. Wir sind zur Mitarbeit an organisatorischen Maßnahmen bereit, die das ermöglichen und sichern.

Die Preise der Produkte, an denen wir Ueberfluß haben, können nicht durch Einfuhr reguliert werden. Es handelt sich um eine

Neuorientierung der landwirtschaftlichen Politik.

Es gilt den Weg zu beschreiten von Subventionen und unberechtigten Privilegien zu einer wirtschaftlichen Organisation, von der Wertspekulation zur Stabilisierung der Preise, von der bourgeoisien landwirtschaftlichen Klassenpolitik zur wirtschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem industriellen Proletariat.

Das sind Forderungen, von denen viele schon verwirklicht werden könnten, wenn ein entsprechendes Verständnis für wichtige politische und wirtschaftliche Fragen bei der stärksten politischen Partei dieses Staates, der republikanischen Partei, vorhanden wäre. Wir erheben gegen diese Partei den Vorwurf, daß sie, unterstützt von dem Bunde der Landwirte, das vereinbarte Arbeitsprogramm nicht eingehalten und dadurch die erfolgreiche Tätigkeit der Nationalversammlung vereitelt hat.

Unsere Forderungen sind nicht nur eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteien, sondern aller politischen Parteien. Keine von ihnen darf das Parteinteresse höher stellen, als die Interessen des Staates und jener Schichten, denen Hilfe gebracht werden muß.

Indem wir diese Forderungen erheben, verlangen wir die

unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung,

um den gesetzgebenden Körperschaften die Möglichkeit zu geben, sich mit den in dieser Kundgebung enthaltenen Forderungen zu beschäftigen. Gleichzeitig sprechen wir uns

gegen die weitere Überwälzung der Lasten auf die Besitzlosen

aus, die wir für schädlich und gefährlich halten. Wir können auch nicht mit der Beschränkung der finanziellen Mittel für wichtige kulturelle Zwecke, insbesondere für die Schule, einverstanden sein. Wenn wir den Grundsatz des Gleichgewichtes im Staatshaushalte verfechten, verlangen wir damit, daß

Ersparnisse im Staatsbudget

herbeigeführt werden. Ihre Voraussetzung sind

grundlegende organisatorische Änderungen in der Staatsverwaltung, in der Armee und in den staatlichen Unternehmungen,

welche vor allem in Betracht zu ziehen sind und die für das wirtschaftliche Leben des Staates und das Budgetgleichgewicht mehr bedeuten, als die Herabsetzung der Gehälter und Gehälter der Staatsangestellten. Wir können daher dem Antrag des Finanzministers auf Kürzung der Staatsangestelltenbezüge, der Renten der Kriegsbeschädigten und der Pensionen nicht zustimmen. Wir verurteilen das rückwärtslose Vorgehen jener Unternehmer, welche in Ausnutzung der gegenwärtigen Situation Angriffe auf die Arbeitslosen- und Angestelltenbezüge unternehmen.

Mit der größten Schärfe und Entschiedenheit lehnen wir alle Versuche nach Hervorrufung nationalistischer Exzesse, durch welche die gegenwärtige soziale Not für dunkle chauvinistische Ziele ausgenützt werden sollen, ab.

Die arbeitende Bevölkerung dieses Staates muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse vornehmlich von ihrer organisatori-

ischen Stärke und politischen Macht abhängt. Diese Macht zu erringen, das ist die gemeinsame Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik.

Wir erklären deshalb, daß die sozialdemokratischen Parteien dieses Staates in der gemeinsamen und einträchtigen Arbeit für die soziale Hebung der arbeitenden Schichten, für Demokratie und Sozialismus nicht erlahmen werden. Sie werden gemeinsam marschieren gegen die Reaktion, gegen den Faschismus und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Sie lehnen den nationalen Chauvinismus ab, der den Haß unter den Nationen predigt und der nicht nur dem Kampfe gegen den sozialen Fortschritt, gegen die kulturelle Erhebung und gegen die demokratischen Grundzüge dient, sondern auch zur Unterstüßung des Imperialismus, der den Weltfrieden durch ständige Rüstung bedroht.

Wir stellen uns an die Seite der sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt

im Kampfe gegen neue Kriegsgelüste

und wir verpflichten uns, alles zu erfüllen, was uns unsere sozialistische Pflicht in diesem Kampfe gebietet. Wir sprechen uns

für die Weltabrüstung

aus, wir erblicken in der Herabsetzung der Militärausgaben nicht nur eine Verminderung der der Bevölkerung auferlegten Lasten, sondern auch die Garantie für Ruhe und Frieden.

Die Sozialdemokratie der Tschechoslowakischen Republik ruft alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten, die Kleinlandwirte und Häußer und Klein-gewerbetreibenden und alle arbeitenden Menschen zur Mitarbeit in den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen für die Erfüllung dieser Forderungen auf.

Nur in starken sozialdemokratischen Parteien, in mächtigen gewerkschaftlichen Verbänden und in großen genossenschaftlichen Unternehmungen ruht die feste und verlässliche Stütze der arbeitenden Bevölkerung.

Nur in ihnen suchen wir die Garantie, daß wir nicht nur die sozialen Errungenschaften und die schwer erkämpften politischen und bürgerlichen Rechte erhalten, sondern daß unser Kampf auch weiter getragen wird über das Ringen um die Verminderung der Folgen der Wirtschaftskrise hinaus zum entscheidenden Schritte nach Beseitigung der Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Nöte, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Erringung des endgültigen Sieges des kollektivistischen Sozialismus!

Warum dieses Schweigen?

Eine Diäten-Geschichte, die Aufklärung verlangt.

Seit einigen Tagen geht durch die tschechische und deutsche Presse eine Meldung, daß für eine der letzten tschechoslowakischen Delegierungen nach Genf die Staatskassa 312.000 K für die Ausgaben dort ausgezahlt hätte und daß, da die zehn delegierten Beamten nur eine Rechnung auf 50.000 K vorgelegt hätten, der delegationsführende Minister (also Herr Benes) 262.000 K Diäten für diesen eifrigsten Aufenthalt bekommen hätte.

Wir haben keinerlei Möglichkeit einer Kontrolle dieser Angaben, die unseres Wissens ursprünglicher von den „Lidové listy“ stammen, und es entzieht sich daher unserer Beurteilung, ob oder wie weit diese Ziffern richtig sind. Aber an der Tatsache, daß die Angelegenheit durch die Presse in der ganzen Republik kolportiert wird, kann man ebensowenig vorübergehen, wie an dem jedenfalls noch auffälligeren Schweigen, mit dem das Außenministerium diese Meldung „beantwortet“. Unseres Erachtens wäre es hier nicht nur selbstverständliche Pflicht, der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben, sondern es wäre das auch notwendigste Erfüllen eines Gebots der Klugheit. Ist die Meldung falsch, dann muß ihr entgegengetreten werden; ist sie ganz oder zum Teil richtig, dann wäre eine Erklärung über den Aufwand, der mit der großen Summe getrieben wird, um so mehr not. Dieses Schweigen aber ist, ob so oder so, das unmöglichste. Daß das Volk schon an sich das selbstverständliche Recht, in solchen Fällen, wo es sich um riesige Ausgaben an Staatsgeldern handelt, volle Klarheit zu erhalten, so erst recht in einer Zeit, da auf der einen Seite von Staats wegen so laut über die Notwendigkeit des Sparens gesprochen wird, auf der anderen Seite Hunderttausende nicht die bescheidenste Krone für den nackten Lebensunterhalt besitzen.

Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird, weshalb wir für heute nicht noch deutlicher werden wollen. Sollte die „Staatskassa“ auch jetzt die Sprache noch nicht finden, dann würden wir noch unumwundener sagen, was die Arbeiter über solches Schweigen denken!

Die „Jungsturm“-Leute vor dem Brünner Gericht.

Am 17. Oktober soll der Prozeß gegen die angeklagten 14 Jungsturmlaute vor dem ersten Senat des Brünner Kreisstrichters seinen Anfang nehmen. Die 14 Angeklagten, die im Alter zwischen 18 und 25 Jahren stehen, werden wie die Volkssportleute des Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik im Sinne des § 2 des Schußgesetzes beschuldigt. Der Jungsturm ist eine rechtsstehende deutsche Jugendorganisation, die Ortsgruppen in Brünn, Jglaun und Jägerndorf hatte und im engsten Kontakt mit reichsdeutschen nationalen und nationalsozialistischen Jugendverbänden gestanden sein soll. Den Vorsitz wird in der Verhandlung O.M. Dr. Hagele führen, Beisitzer sind die O.M. Dr. Dofal und Doleck. Die Anklage führt der Staatsanwalt Dofal, der auch die Anklage im Volkssportprozeß vertritt. Von den Verteidigern sind bisher die Brünnner Advokaten Dr. Lochmann, Dr. Oskar Dub, Dr. Wilhelm Kraus und der Jägerndorfer Advokat Dr. Danninger bekannt.

Der Lohnkampf im Rositz-Dslawaner Revier.

Am Donnerstag fanden in Brünn die Verhandlungen über die Löhne der Bergarbeiter des Rositz-Dslawaner Reviers ihren Fortgang. Die Verhandlungen wurden dadurch verstärkt, daß die Unternehmer bereits früher den Kollektivvertrag gelündigt haben und ihn nur dann erneuern wollen, wenn ihre Forderung auf 15prozentige Herabsetzung der Löhne angenommen wird. Zur gestrigen Verhandlung wurde ein Vertreter des Arbeitsministeriums eingeladen, der aber nicht erschien. Dies zeugt von wenig Verständnis des Arbeitsministeriums für die schwere Lage der Bergarbeiter. Auch die gestrigen Verhandlungen führten zu keinem Ziel. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, daß sie noch keine Uebersicht über die Situation der Unternehmen haben und daß sie nicht davon überzeugt sind, daß die Situation so ernst ist, wie sie von den Unternehmern geschildert wird. Ihrer Forderung auf Einschränkung in die Wirtschaftsgesamtheit der Unternehmen wurde stattgegeben. Samstag und Sonntag werden die Vertreter der Bergarbeiter an einer Revision teilnehmen, an der sich noch Vertreter des Revierrates, des Bergamtes und des Betriebsrates beteiligen werden. Die weiteren Verhandlungen finden am 28. d. M. statt.

Die „Narodni listy“ sind mit der Unterstützung der arbeitslosen Heimarbeiter nicht zufrieden. Sie beklagen sich darüber, daß von dem vom Ministerium für soziale Fürsorge zuletzt aufgeteilten zwei Millionen 18 tschechische Bezirke und 201.000 K, dagegen 7 gemischte 92.000 K und 24 deutsche Bezirke 1.244.000 K bekommen hätten. In Währen hätten die tschechischen Bezirke überhaupt nichts, die deutschen und gemischtsprachigen Bezirke 133.000 K erhalten. Die „Narodni listy“ interessieren sich selbstverständlich nicht erst dafür, in welchen Bezirken die Heimarbeit zu Hause und die Hilfe für die Arbeitslosen am dringendsten ist. Für sie und ihresgleichen handelt es sich nur darum, einen billigen Vorwand für eine Deke gegen den Minister für soziale Fürsorge ins Werk zu setzen.

Die Herabsetzung des Militärbudgets verlangt der sozialdemokratische „Duch česka“ in einem Artikel, in welchem es u. a. heißt: In einem Augenblick, in welchem der Finanzminister Ersparungen in Form der Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter verlangt, ist es um so notwendiger, daß das Ministerium für nationale Verteidigung die Abrechnung über seine Wirtschaft in einer übersichtlichen Form gibt und Ersparungen ausweist, welche begründet und unerlässlich sind. Es wird mitgeteilt, daß die Wirtschaftsminister bei ihren Beratungen über den Ausgleich des Staatsbudgetdefizits kategorisch verlangen, daß das Ministerium für Nationalverteidigung bis zum Ende des laufenden Jahres 300.000 Millionen K erspare. Das Ministerium wehrt sich mit Hinweisen auf alles Mögliche und Unmögliche und die Sache wird wieder in einer Kommission begraben, welche sie angeblich studieren wird. Wenn nur das Studium dieser schwerwiegenden wirtschaftlichen Frage nicht die Beseitigung der Bemühungen um nie notwendige und in vielen Richtungen sehr begründete Herabdrückung des übermäßig angeschwollenen Budgets des Ministeriums für nationale Verteidigung bedeuten wird! Es wird notwendig sein, bis ins einzelne zu revidieren, was und zu welchem Preise das Ministerium einkauft. Dabei wird es interessant sein festzustellen, von wem es kauft und wann es seine Aufträge erteilt.

Die falsche Rechnung.

Gehaltsabbau und Wirtschaftskrise.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben das Projekt des Finanzministers, der einen allgemeinen und durchgängigen Gehaltsabbau der Staatsangestellten um 15 Prozent verlangte, mit Entschiedenheit abgelehnt und ihren Ministern dementsprechende Weisungen gegeben. Vor uns steht immer noch das warnende Beispiel aus den Nachkriegsjahren, als der große Gehaltsabbau der Staatsbeamten und Lehrer eine mächtige Welle von Lohnsenkungen einleitete, bei deren Verleben die Reallohne unserer Arbeiter und Angestellten tief unter dem europäischen Durchschnitt standen, ohne daß im übrigen der industrielle Export davon profitiert hätte. Gerade in den Jahren der Konjunktur, als unsere Löhne sich infolge der gewerkschaftlichen Spaltung nicht nennenswert hoben, aber die Löhne in Deutschland beträchtlich anstiegen, hat die deutsche Industrie der unseren die südöstlichen Märkte mit Erfolg streitig gemacht.

Auch heute würde ein Gehaltsabbau bei den staatlichen Angestellten lediglich der Auftakt zu einer allgemeinen Lohnsenkungsaktion sein, für die der böse Geist unserer Finanzpolitik, Trapls Vorbild und Meister, Dr. Engliš seit Monaten Propaganda macht.

Aber auch aus sozialen Gründen ist die Sozialdemokratie gegen den generellen Gehaltsabbau. Die Gehälter unserer Staatsangestellten sind vor allem in den unteren Rangsklassen bei weitem nicht valorisiert, sie stehen in keinem Einklang mit den Preisen der Wohnungen, der Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel. Die Sozialdemokratie wird den Lohnstandard der kleinen Gehaltsempfänger, die Invalidenrenten, die kleinen Pensionen aufs äußerste verteidigen. Sie hat keinen Grund, von der seit Jahren verfolgten Linie abzuweichen; sie hat nach ihrem Regierungseintritt den Altpensionisten ihr Recht erkämpft, sie wird sich dagegen wehren, daß den Staatspensionisten die erworbenen Rechte verkürzt, daß alte Menschen sich um die Frucht ihrer Lebensarbeit geprellt sehen. Auch hier wäre das Vorgehen des Staates ein gefährliches Beispiel.

Die Bezieher fester Gehälter und Pensionen sind ganz anders als die Träger der Vermögenssteuer dem Zugriff des Fiskus ausgesetzt. Sie sind eben jetzt mit der Einkommensteuer - Erhöhung und mit der Steuernachzahlung belastet worden, ohne daß sie sich wehren, es auf die Pfandung ankommen lassen könnten wie die meisten Besitzenden. Wir verlangen, daß zunächst alle Möglichkeiten erschöpft werden, das Geld dort zu nehmen, wo es sich noch immer in Fülle findet, bei den Alt- und Neureichen aller Sorten, deren luxuriöse Lebensführung zum Himmel stinkt.

Die Sozialdemokratie muß aber das Projekt des Ministers Trapl auch aus einem anderen Grunde ablehnen. Sie könnte sich mit irgendwelchem Gehaltsabbau nur dann einverstanden erklären, wenn er sich im Rahmen eines wirklichen Wirtschaftsplanes vollzöge, wenn er nicht eine zufällige und planlose Notmaßnahme, sondern eine sinnvolle Bekämpfung der Massennot darstellte.

Was der Finanzminister jetzt plant, ist die Nachahmung des verderblichen und längst gescheiterten deutschen Experiments, die Einleitung eines „Circulus vitiosus“, eines Fehlerkreises, in dem wir uns rettungslos fangen müßten. Der Finanzminister will nicht etwa den Beamten einen bestimmten Betrag nehmen, um ihn den Arbeitslosen zuzuführen. Er will die staatlichen Ausgaben senken und einen Betrag von mindestens einer halben Milliarde, vielleicht von mehr als einer Milliarde aus dem Verkehr ziehen. Dabei handelt es sich um Gelder, die bisher kurzfristeten und die Wirtschaft belebten. Sie würden ihr im nächsten Jahre fehlen. Die Staatsangestellten, die Lehrer, die Pensionisten, haben ja in den letzten Jahren nicht thesauriert. Was taten sie mit ihrem Geld? Soweit sie es nicht für ihren unmittelbaren Bedarf konsumierten, haben sie es ihm mittelbar zugeführt. Sie bauten sich Häuser und zahlten von ihrem Einkommen die Zinsen für die Hypotheken, damit belebten sie den Markt, förderten sie die Baubewegung. Sie ließen ihre Kinder studieren und verringerten damit die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, sie trugen zur Erhaltung von Theatern und Kinos bei, sie waren noch immer Abnehmer unserer heimischen Textil-

industrie. Nun will sie Herr Dr. Trapl zu weiteren Ersparnissen zwingen. Das bedeutet aber, daß sie weniger Kleider kaufen, weniger Fleisch essen, kaum mehr eine Kinolatte erschwingen können, daß sie aufhören zu bauen, daß sie ihre Kinder nicht auf die Hochschulen, sondern auf den überfüllten Markt der Stel-sensuchenden schicken.

Wie hoch ist der Betrag, den der Finanzminister dem Inlandsmarkt entziehen will? Nehmen wir an, daß die 500 bis 1000 Millionen, um die er die Gehälter kürzen will, nur fünfmal kurzieren (wahrscheinlich laufen sie öfter um), so kommen wir auf einen Betrag um drei bis vier Milliarden. Und wenn wir den Anteil der Löhne an dieser Summe mit nur 30 bis 40 Prozent und den Jahreslohn eines Arbeiters mit 10.000 Kronen ansetzen (er ist leider meist niedriger), so können wir uns an den Fingern abzählen, daß die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr durch das Experiment des Finanzministers um 100.000 bis 150.000 steigen müßte. Dauert die Krise an, so wird sie also verschärft, tritt eine Belebung ein, so halten wir sie auf.

Und die Folgen für das Budget? Die Steuereingänge würden in dem Maße weiter sinken, in dem sich die Krise verschärft. Im kommenden Herbst hätten wir ein noch größeres Loch im Budget, das man mit neuem Gehaltsabbau stopfen müßte, um die Krise neuerlich zu verschärfen. Das Projekt Dr. Trapls ist eine Schlinge, in der die Volkswirtschaft und die Staatsfinanzen am Ende sich selbst erwürgen müßten. In Deutschland hat man nach diesem Rezept seit 1930 die Krise zu bekämpfen versucht mit dem Resultat, daß sie zu furchtbaren Dimensionen anwuchs. Niemals kann die Sozialdemokratie sich dazu hergeben, dergleichen bei uns nachzuahmen. Trapls Plan, der uns tiefer in die Krise führen muß, sehen wir unsere Parolen entgegen, die den Weg aus der Krise weisen: Schutz den Löhnen, Ausdehnung des Konsums, Verkürzung der Arbeitszeit!

Vernehmung Papens am Dienstag.

Berlin, 23. September. Die B.D.Z. meldet, sind die Vorladungen an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsaußenminister und den Staatssekretär der Reichskanzlei gemäß dem Beschluß des Ueberwachungsausschusses am Freitag zugestellt worden. Die genannten Regierungsvertreter sind für Dienstag nachmittags als Zeugen zur Untersuchung der Vorgänge bei der Reichstagsführung am 12. September geladen.

Das Reichskabinett hat bei seinen heutigen Beratungen beschloffen, der Ladung Folge zu leisten. Bei den Verhandlungen des Ausschusses sind in allen damit zusammenhängenden Veröffentlichungen werde so viel behauptet, was geeignet sei, den tatsächlichen Vorgang zu entstellen, daß die Reichsregierung es für notwendig halte, den wahren Sachverhalt einmal mit aller Deutlichkeit aufzuklären. Das Erscheinen der vorgeladenen Mitglieder des Kabinetts soll sich allerdings auf diesen Zweck beschränken, die historischen Tatsachen der Auflosung vor dem ganzen deutschen Volke klarzustellen.

Im übrigen hält das Reichskabinett, wie offiziös mitgeteilt wird, an der bisherigen Linie seiner Einstellung gegenüber den Ausschüssen des Reichstages fest. Die Reichsregierung wird sich an den Arbeiten der Ausschüsse nicht beteiligen, so lange nicht von ihnen und vom Reichstagspräsidenten erklärt worden ist, daß die Abstimmung im Reichstag rechtsunwirksam und rechtsungültig war.

Goebbels läuft zum Kadi.

München, 23. September. Der Berliner Gauleiter der NSDAP Dr. Goebbels hat, wie im „Völkischen Beobachter“ mitgeteilt wird, gegen den „Vorwärts“, bzw. dessen verantwortlichen Redakteur, wegen einiger Artikel Klage gestellt, da er in ihnen Verleumdung erblickt.

Amfliche Preisreduzierungen in Polen.

Warschau, 23. September. Wie die Blätter melden, wird in den nächsten Tagen im Gesetzesblatte eine Verordnung des Innenministeriums erscheinen, auf Grund welcher die Wojwodschastsbehörden im ganzen Lande ermächtigt sein werden, die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, insbesondere von Kohle, Naphtha, Eisen-erzeugnisse und Getreide, zu regeln. Die neue Verordnung wird den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit einer Intervention zwecks Herabsetzung der Preise der Industrieprodukte geben und bildet eine weitere Etappe der Bestrebungen der Regierung zur Beseitigung der übermäßigen Spannung zwischen den Preisen der Industrieprodukte und der landwirtschaftlichen Produkte.

Das Kardinalproblem der Wirtschaftsbelebung:

40 Stunden-Woche muß neue Arbeitsplätze schaffen!

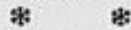
Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech über die dringenden Aufgaben vor dem dritten Hungerwinter.

Prag, 23. September. In einer Zeit des winter vor der Tür steht und die schon bisher ins Unerträgliche und Unmenschliche zu steigern droht, hat der Leiter des Fürsorgeefforts, Genosse Dr. Czech, dem berufenen Ausschuss des Parlamentes heute in eindringlichen Worten den furchtbaren Ernst der Situation vor Augen geführt, in großen Zügen den zähen Kampf geschildert, den sein Ressort im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gegen die Krise führt, und von der Volksvertretung tatkräftige Unterstützung verlangt, um den bevorstehenden Kampf mit dem dritten Hungerwinter mit verdoppelten Kräften und Wirkungsmöglichkeiten fortzuführen und bestehen zu können.

Drei Forderungen hat Genosse Dr. Czech in den Brennpunkt der Erörterungen gestellt: Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung und Regelung des Arbeitsmarktes, auf dem bisher die Unternehmervillwille schrankenlos herrscht. Daß namentlich der Ruf nach der vierzigstündigen Woche längst keine Utopie mehr ist, diese vielmehr tatsächlich den einzigen möglichen Ausweg aus furchtbarer Krisennot darstellt, beginnen heute auch schon weite Regierung- und Unternehmerränge einzusehen, wie die gegenwärtige Debatte im Genfer Arbeitsamt zeigt. Unsere Unternehmer und die hinter ihnen stehenden Bürgerparteien waren bisher noch nicht so weit, dies einzusehen. Sie werden sich nunmehr mit diesem Problem allen Ernstes befassen und — so wollen wir hoffen — ihren Standpunkt hierzu gründlich ändern müssen.

Es wird nicht leicht sein, aber es wird sein müssen, denn es gibt keinen andern Weg aus der Krise.

Hinter den Forderungen des Fürsorgeministers stehen geschlossen die beiden sozialdemokratischen Parteien, stehen die Massen derer, die die verfehlte Wirtschaftspolitik eines längst überlebten Systems seit langen Jahren zur Untätigkeit und zum Hungern verdammt. Ihnen muß und wird es gelingen, diese Forderungen in die Tat umzusetzen!



Genosse Dr. Czech führte im sozialpolitischen Ausschuss u. a. folgendes aus:

Das weitere Umschlagen der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit, die nach allen Anzeichen in der nächsten Zeit keine Abmilderung erfahren, sondern sich vermutlich noch wesentlich verschärfen wird, erheischt die schleunigste Vorkehrung durchgreifender wirtschaftlicher Maßnahmen und eine ganze Reihe dringlicher Vorarbeiten zugunsten der von der Krise heimgesuchten Bevölkerungsschichten.

Ich entspreche daher gern der an mich ergangenen Einladung des Herrn Vorsitzenden, im sozialpolitischen Ausschuss über jene Maßnahmen zu berichten, die das Fürsorgeministerium für die kommende Zeit in Aussicht genommen und zum Teil bereits vorbereitet hat. Ich muß jedoch voraussagen, daß die Regierung, der die Entscheidung in allen großen und grundsätzlichen Fragen zukommt, in diesem Augenblicke ihre im Gange befindlichen Beratungen über das wirtschaftliche und sozialpolitische Arbeitsprogramm noch nicht abgeschlossen hat. Ich kann also dem Ausschuss in diesem Stadium naturgemäß nur das Programm des Fürsorgeministeriums mitteilen, wie ich es in den Regierungsbearbeitungen vertreten habe, vermitteln und ihm nur über jene Maßnahmen berichten, die es im eigenen Wirkungskreis vorzunehmen vermag.

Keine Besserung —

In meinen Betrachtungen möchte ich von dem letzten für die Monate Juli und Anfang August ausgegebenen Berichte der Nationalbank ausgehen, der feststellt, daß die Veränderungen in unserer allgemeinen wirtschaftlichen Situation im vergangenen Monatsabschnitt nur geringfügig waren, daß sich die Beschäftigung in den einzelnen Industriezweigen nach wie vor auf dem bisherigen Tiefstande bewegt und daß die an einigen Punkten sichtbaren Zeichen einer minimalen Belebung nicht die Kraft aufweisen, der ganzen Entwicklung ihren Stempel aufzudrücken. Tatsächlich zeigt, wie der Bericht der Nationalbank weiter ausführt, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ausschließlich Saisonimpulse in der Richtung der Baubewegung und der landwirtschaftlichen Produktion, in welchem Betriebszweig schon im kommenden Monat nach Abschluß der Erntearbeiten ein neues Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu gewärtigen steht.

... sondern Verschlechterung zu erwarten!

Tatsächlich registriert bereits die für den kommenden Monat ausgegebene Arbeitslosenziffer ein, wenn auch nicht sehr beträchtliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf 459.406, welche Ziffer durch die jeweils in den Monat August fallende Hopfenernte günstig beeinflusst wurde, im Monats September aber durch den Abschluß dieser Arbeiten, an denen Zehntausende von Arbeitern beteiligt sind, selbst dann einen neuen Anstieg erfahren wird, wenn die Verwüstungen in der Exportindustrie und der Rückgang der anderen Produktionszweige nicht weiter um sich greifen sollten.

Leider geben die täglichen Meldungen unserer Gewerbeinspektorate über Einstellungen und Ein- und Ausstellungen des Produktionsprozesses nach dieser Richtung zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß.

Vor drei Jahren 9, jetzt 144,6 Arbeitslose auf 1000 Beschäftigte.

Um den Umfang und die Tragweite der zunehmenden wirtschaftlichen Verschlechterung ermessen zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, daß noch im Jahre 1929, in dem die gegenwärtige Regierung ins Amt trat, der Monat August eine Arbeitslosenziffer von 34.789 registrierte, während der August 1932 459.406 Arbeitslose aufweist, daß ferner im August 1929 auf je 1000 beschäftigte Personen nur 9 Arbeitslose entfielen, während es deren im Dezember 1931 auf 1000 Beschäftigte bereits 144,6

schwersten Notstandes, da der dritte Krisen- unerschütterten Leiden weiter Bevölkerungsschichten zu steigern droht, hat der Leiter des Fürsorgeefforts, Genosse Dr. Czech, dem berufenen Ausschuss des Parlamentes heute in eindringlichen Worten den furchtbaren Ernst der Situation vor Augen geführt, in großen Zügen den zähen Kampf geschildert, den sein Ressort im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gegen die Krise führt, und von der Volksvertretung tatkräftige Unterstützung verlangt, um den bevorstehenden Kampf mit dem dritten Hungerwinter mit verdoppelten Kräften und Wirkungsmöglichkeiten fortzuführen und bestehen zu können.

Drei Forderungen hat Genosse Dr. Czech in den Brennpunkt der Erörterungen gestellt: Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung und Regelung des Arbeitsmarktes, auf dem bisher die Unternehmervillwille schrankenlos herrscht. Daß namentlich der Ruf nach der vierzigstündigen Woche längst keine Utopie mehr ist, diese vielmehr tatsächlich den einzigen möglichen Ausweg aus furchtbarer Krisennot darstellt, beginnen heute auch schon weite Regierung- und Unternehmerränge einzusehen, wie die gegenwärtige Debatte im Genfer Arbeitsamt zeigt. Unsere Unternehmer und die hinter ihnen stehenden Bürgerparteien waren bisher noch nicht so weit, dies einzusehen. Sie werden sich nunmehr mit diesem Problem allen Ernstes befassen und — so wollen wir hoffen — ihren Standpunkt hierzu gründlich ändern müssen.

Es wird nicht leicht sein, aber es wird sein müssen, denn es gibt keinen andern Weg aus der Krise.

Hinter den Forderungen des Fürsorgeministers stehen geschlossen die beiden sozialdemokratischen Parteien, stehen die Massen derer, die die verfehlte Wirtschaftspolitik eines längst überlebten Systems seit langen Jahren zur Untätigkeit und zum Hungern verdammt. Ihnen muß und wird es gelingen, diese Forderungen in die Tat umzusetzen!

gab. Im August 1929 entfielen auf 1000 Arbeitsplätze 132,3 Bewerber, im Dezember 1931 451,9 Bewerber. Da die Arbeitslosenziffer im August 1932, also zur Zeit der Hochsaison, nahezu an die Höhe der Dezemberziffer des Jahres 1931 heranankommt, läßt es sich voraussagen, wie es um den Arbeitsmarkt bestellt sein wird, wenn die vorgeschilderten, allseits befürchteten Verschlechterungstendenzen weitergehen sollten.

Drei große Aufgaben:

Das Fürsorgeministerium stellt drei große Aufgaben an die Spitze des Programmes, das es sich gestellt hat: Es ist die Arbeitsbeschaffung, die Verkürzung der Arbeitszeit und die gesetzliche Regelung des Arbeitsmarktes.

Das sind nach der Auffassung des Fürsorgeministeriums die Angelpunkte für eine Neubelebung der Wirtschaft, für eine Milderung der gegenwärtigen Krisenerscheinungen, soweit sie nicht durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hervorgerufen wurden, und für einen durchgreifenden Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Das Fürsorgeministerium verkennt in keinem Augenblicke die Grenzen seiner Wirkungsmöglichkeit und weiß nur zu gut, daß sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise, wie alle Krisen überhaupt, nur durch eine gänzliche Umformung und Neuordnung der bestehenden Wirtschaft beseitigen läßt. Andererseits besteht aber auch nicht der geringste Zweifel darüber, daß sich ein Großteil des Massenelends, von dem Hunderttausende von arbeitenden Menschen heimgesucht wurden, durch die vorgeschilderten Maßnahmen abmildern ließe.

Beschaffung regulärer Arbeit.

Keine wie immer gearteten, wie immer weitgehenden Arbeitslosenmaßnahmen, keine noch so gut angebaute und noch so gut dotierte Ernährungs- und Hilfsaktion vermag für die Beschaffung regulärer Arbeit, nach der Hunderttausende Arbeitslosen seit Monaten, vielfach auch seit Jahren leiden, Ersatz zu schaffen. Darum hat das Fürsorgeministerium das Problem der Arbeitsbeschaffung an die Spitze seines Programmes gestellt,

für dessen Verwirklichung es innerhalb der Regierung und an allen Stellen, die ihm zugänglich sind, werbend auftritt. Im eigenen Wirkungskreis sucht es durch die

Förderung der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

um deren gesetzliche Regelung sich das Ministerium in der Novelle des Jahres 1930 bemüht hat, einen Großteil der durch den Krisennotstand aus dem Produktionsprozess ausgestoßenen Arbeiter wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern.

Die dem Fürsorgeministerium für produktive Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung gestellten 145 Millionen haben ihm ermöglicht, durch viele Monate über 200.000 Arbeiter, die sonst die Arbeitslosenarmee vermehrt hätten, dem Nährlande wieder zuzuführen.

Förderung der Baubewegung.

die durch die im Jahre 1930 verabschiedete Baunovelle eine ganz außerordentliche Neubelebung erfahren hat, ist es gelungen, dem Wohnungsmarkt nahezu 30.000 Kleinwohnungen und dem Arbeitsmarkt viele Zehntausende von arbeitslosen Menschen zuzuführen.

Ständen dem Fürsorgeministerium weitere finanzielle Mittel zur Verfügung, dann könnten die 3329 Gesuche um die Bewilligung der produktiven Arbeitslosenfürsorge und 2840 Bauanfragen, die der Erledigung harren und zum größten Teile bereits verhandlungsreif sind, verabschiedet und damit weiteren Zehntausenden von Arbeiterfamilien Brot und Arbeit gegeben werden.

Wie die Dinge heute liegen, spricht also alles dafür, daß wir uns für die kommenden Monate gehörig rüsten müssen.

Es würde natürlich zu weit gehen und aus dem Rahmen dieses Berichtes fallen, wenn ich die Gesamtwirtschaft einer Analyse unterziehen, die Zusammenhänge zwischen der ansteigenden Wirtschaft und der zunehmenden Agrarkrise und die sich daraus für die arbeitenden Schichten ergebenden Auswirkungen erörtern und aufzeigen wollte.

wie unsere durch die Krise unterwühlte Wirtschaft ohne eine planvolle Neuregelung und Neuorganisation und zwar in allen ihren Zweigen und Einrichtungen, in allen ihren wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Funktionen nicht in Gang gebracht und wiederaufgebaut werden kann.

Alle diese Probleme, die das Wirtschaftsleben täglich und stündlich automatisch aufrollt und zur öffentlichen Diskussion stellt, bilden ununterbrochen unser Aller Sorge und es ist nicht notwendig, daß wir auch in dieser Körperschaft auf sie hinweisen und den Finger an die Wunde unserer Wirtschaft legen, zumal alle diese Probleme die Regierung in diesem Augenblicke eingehend beschäftigen und die Fragen unserer Handels- und Wirtschaftspolitik, der Regelung unserer Finanz- und Währungspolitik und insbesondere das Problem der Herabsetzung des Zinsfußes, an welcher Maßnahme die gesamte Bevölkerung, vor allem aber die arbeitenden Schichten besonders interessiert sind, den Gegenstand baldigster Entscheidung bilden werden.

Investitionsarbeiten.

die durch den Mangel an finanziellen Mitteln last- gestellt sind und deren Lockerung einen Teil unserer darstellenden Wirtschaft wieder in Gang zu bringen vermöchte.

Das Entscheidende ist also vor allem, einen Weg zur Arbeitsbeschaffung zu suchen, wodurch allein schon eine ganz außerordentliche Entspannung in der mißlichen Wirtschaftssituation herbeigeführt werden könnte.

Verkürzung der Arbeitszeit

Hand in Hand damit muß eine Verkürzung der Arbeitszeit Platz greifen, die zu den brennendsten Wirtschaftsproblemen zählt.

Das Fürsorgeministerium war sich darüber schon seit langem im Klaren, da es die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse deutlich vor sich sah und in den ihm ressortmäßig zur Kenntnis gelangten Tatsachen der Revolutionierung des Produktionsprozesses durch die planlosen Rationalisierungs- und Technisierungsmethoden seine Besorgnis um die kommende Entwicklung bestätigte fand. Darum glaubte es Maßnahmen vorbereiten zu müssen, die dieser gefährlichen Entwicklung zu steuern in der Lage waren. In den Bereich dieser Maßnahmen fiel

die Vorlage über die 40-Stundenwoche.

die aus der unabweislichen Tatsache, daß es notwendig sei, die vorhandene Arbeitsmenge auf eine größere Zahl von Arbeitsmännern aufzuteilen und dadurch einen größeren Teil der industriellen Arbeiterarmee wieder in das Wirtschaftsleben einzugliedern, die notwendigen Konsequenzen zog. Sie ergaben sich zwingend aus den gewaltigen Fortschritten in der Technisierung des Arbeitsprozesses und der Steigerung der Arbeitsproduktivität und sohin aus der Tatsache, daß für die Waren, die bei dem heutigen technischen Stande der Industrie bei 48stündiger Arbeitszeit erzeugt werden könnten, selbst nach Wiederkehr normaler Verhältnisse keine Abnehmer vorhanden sein werden.

Die Vorlage des Fürsorgeministeriums wurde im Oktober 1931 eingebracht.

Seither hat die Idee der 40-Stundenwoche weit über den Kreis der Arbeiterklasse hinaus ihre Apokalypse gefunden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, sicherlich des kapitalistischsten Staates der Welt, hält eine Gesundung der amerikanischen Wirtschaft ohne Einführung der 40-Stundenwoche, die er zu einem der beiden kardinalen Punkte seines Rettungsprogrammes gemacht hat, für ganz unmöglich und hat die Einberufung einer großen Konferenz angeordnet, um diese brennende Frage zu beraten und der Verwirklichung zuzuführen. Die italienische Regierung hält eine Gesundung der

Weltwirtschaft ohne Einführung der 40-Stundenwoche für ausgeschlossen und hat dem internationalen Arbeitsamt in Genf die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Arbeitskonferenz zur Beratung dieses Problems beantragt, welchem Antrage bereits durch Einberufung einer außerordentlichen Bürokonferenz des Arbeitsamtes für den 21. d. M. entsprochen wurde. Die Sitzung hat bereits stattgefunden und beschlossen, für Jänner 1933 eine Konferenz einzuberufen und diese bedeutsame Frage dort der abschließenden Beratung zu unterziehen. In Deutschland bildet die 40-Stundenwoche einen der Kernpunkte der von der Regierung dekretierten Notmaßnahmen. In Dänemark wurde die Einführung der 40-Stundenwoche vom Ministerpräsidenten schon für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt. Aber auch in anderen Staaten, darunter auch in Frankreich, wird die Verwirklichung der 40-Stundenwoche von den Regierungen ernstlich in Erwägung gezogen.

Trotz auch über die Regierungsstellen hinaus hat sich der Gedanke der 40-Stundenwoche auch in Arbeitgeberkreisen seinen Weg gebahnt und nicht nur zu einer ganzen Reihe von Beschlüssen leitender Wirtschaftsführer zur Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung geführt, sondern auch in zahllosen Industriegebieten Amerikas, sowie der europäischen Industriestaaten die Verwirklichung erfahren.

Der Gedanke der 40-Stundenwoche befindet sich also auf dem Vormarsche und hat bereits gewaltiges Terrain gewonnen. Die gleichzeitige Aufrollung des Problems im internationalen Maßstabe im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes wird seine Kräfte beflügeln und ihn die letzten Hindernisse überwinden lassen.

Das Fürsorgeministerium glaubt in dieser Stunde, wie es dies auch im Rahmen der Regierung getan hat, die Notwendigkeit der raschesten Verwirklichung dieser Maßnahme aufzeigen zu müssen.

Wollen wir die Hunderttausende von Arbeitern, die durch die Technisierung und Rationalisierung der Produktion aus der Wirtschaft ausgeschaltet wurden, wieder in einen Nährzustand versetzen, dann bleibt uns ein anderer Weg nicht mehr übrig. Je rascher wir es tun, umso wirksamer wird die Maßnahme sein. Sie muß natürlich mit der faktischen Neueinstellung von Arbeitern Hand in Hand gehen und darf nicht auf Kosten der Lohn- und Verdienstverhältnisse der arbeitenden Schichten verwirklicht werden.

Daß zu dieser Maßnahme in allen jenen Fällen sofort geschritten werden muß, wo es sich um öffentliche Arbeiten handelt, bei allen staatlichen Investitionsarbeiten, im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge, im Rahmen der Baubewegung, sowie auch bei allen sonstigen Arbeiten, bei denen der Staat oder die Selbstverwaltungskörper das entscheidende Wort haben, erscheint dem Fürsorgeministerium selbstverständlich.

Regelung des Arbeitsmarktes.

Neben dem Probleme der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitszeitverkürzung kommt auch der Regelung des Arbeitsmarktes eine besondere Bedeutung zu. Hier bestehen heute chaotische Verhältnisse, die alle Bemühungen um eine Linderung des Krisennotstandes, sowie um Abschaffung der Arbeitslosigkeit hindernd im Wege stehen. Würde auf dem Arbeitsmarkt Ordnung geschaffen werden, dann könnte ein Großteil des Mißstandes, welcher durch die ganz willkürliche Stillsetzung der Produktion herbeigeführt wird, beseitigt werden.

Durch diese obligatorische Meldung der freien Plätze würde überdies die Grundlage für eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Arbeitslosenräufung ermöglicht werden, die in den Ländern, in denen die Arbeitslosenfürsorge nicht nach dem System der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, sondern nach dem Genfer System aufgebaut ist, nur durch ein reiflos angebautes Netz von Arbeitsämtern gesichert werden kann.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat das Fürsorgeministerium bereits im Jänner 1931 eine Gesetzesvorlage über die Arbeitsvermittlung eingebracht, die sich noch immer im interministeriellen Verfahren befindet und der dringlichsten Verabschiedung bedarf.

Das Fürsorgeministerium ist der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung der vorangeführten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen einen großen Teil des bisherigen Aufwandes für Arbeitslosenfürsorge entbehrlich machen und das sicherste Fundament für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Normalisierung der Verhältnisse bilden würden.

Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge.

Solange aber dieser Zustand nicht erreicht ist, muß das Ministerium naturgemäß bestrebt sein, die

Einrichtungen der Arbeitslosenfürsorge, die sich gegenüber dem ganz außerordentlichen Krisenansturm als unzulänglich erwiesen haben, auszubauen und die Arbeitslosenfürsorge so zu gestalten, daß sie jedem vom Wirtschaftsstand heimgesuchten Arbeiter wenigstens soviel zu geben vermag, als zum notwendigen Unterhalt erforderlich ist. Darum bereitet das Fürsorgeministerium die Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge nach dem Center System in ein System der obligatorischen Arbeitslosenversicherung vor, wobei es als Zwischenstadium die

Schaffung eines Notfonds

in Aussicht genommen hat, der die Leistungen des bestehenden Gesetzes durch entsprechende Vorfragen für die ausgegrenzten Gewerkschaftsmitglieder, sowie für jene Personen, die nicht unter das Gesetz fallen, ergänzen und den Uebergang des bestehenden Unterstützungssystems in das der obligatorischen Versicherung in die Wege leiten sollte. Leider ist die Verwirklichung dieser Absichten bisher unmöglich gewesen.

Das Fürsorgeministerium hält aber, wie es im Zuge der parlamentarischen Verhandlungen seines Gesetzesantrages feststellte und wie es auch am heutigen Tage mit allem Nachdruck betont, an der Verhandlung und Verabschiedung seines Gesetzesantrages über den Notfonds nach wie vor fest.

Für Ausbau der Ernährungsaktion.

Inzwischen macht das Fürsorgeministerium alle Anstrengungen, um die als Ergänzung der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge ins Leben gerufene und in ihren Leistungen leider unzulängliche staatliche Ernährungsaktion und Milchaktion nach den Lebensnotwendigkeiten der arbeitslosen Schichten auszugestalten.

Das Fürsorgeministerium hält sich für verpflichtet, in diesem Zusammenhange neuerlich festzustellen, daß es die leistungswürdige Disziplin, wie alle anderen staatlichen Hilfsmassnahmen, nur als unzureichendes Surrogat ansieht und trotz aller Anstrengungen, sie qualitativ und quantitativ besser zu dotieren, nur in den kardinalen Problemlösungen einen Ausweg aus dem Krisennotstande erblicken könne.

Gewerkschaftshilfe.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage, sowie die Steigerung der Arbeitslosigkeit mußte natürlich auch die Gewerkschaften, die das Fundament und Instrument der staatlichen Arbeitslosenfürsorge bilden und an die durch den Niedergang der Produktion und die Erschütterung ganzer Produktionszweige die schwersten Anforderungen gestellt wurden, in Mitleidenschaft ziehen. So kam es, daß die vom Krisennotstand besonders stark heimgesuchten Gewerkschaftsfonds den gesteigerten Unterstützungsansprüchen nicht mehr Rechnung tragen konnten, obwohl die Gewerkschaften auch die ihre anderen statutarischen Aufgaben dienenden Mittel in den Dienst der Arbeitslosenfürsorge stellten. Wohl gelang es, diese Fonds durch die bisherigen Sanierungsmassnahmen wieder für kurze Zeit in Gang zu bringen, doch wurden sie durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit immer wieder aus dem Geseis geworfen, so daß neuerliche staatliche Zuschüsse notwendig wurden, die der Staat schon deshalb zu leisten bemüht war, da er ja sonst, ohne sich die schweren finanziellen Opfer der Gewerkschaften nutzbar machen zu können, die ihnen in den schwersten Stunden zufallenden Aufgaben mit noch größeren Opfern hätte übernehmen müssen.

Da die Lage der Gewerkschaften nach wie vor bedrohlich ist, bereitet das Fürsorgeministerium gewisse Anträge vor, um ihnen bis zur Neuordnung der Arbeitslosenfürsorge die Erfüllung der ihnen nach den bestehenden Gesetzen obliegenden Aufgaben zu ermöglichen.

Pflichterfüllung bis zum Äußersten!

Das Fürsorgeministerium ist sich dessen bewußt, daß sich mit den im Vorangehenden spezifizierten Massnahmen der Kreis der Aufgaben, die ihm aus der Krise erwachsen, lange nicht erschöpft.

Das Fürsorgeministerium weiß, in welcher Lage ein Großteil der Arbeitslosen durch die Unmöglichkeit zur Bezahlung des Mietzinses, durch das Erlöschen des Anspruches auf ärztlichen Beistand und Medikamentenhilfe, durch die bedrohlich zunehmende Unterernährung der Kinder, durch die Degenerierung der Jugend etc. geraten ist, und es ist sich der Pflichten bewußt, die ihm nach dieser Richtung erwachsen. Aber leider sind seiner Wirksamkeit durch die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten des Staates natürliche Grenzen gezogen, die zu überschreiten nicht in seiner Hand liegt. Das besagt nicht, daß sich das Fürsorgeministerium mit dieser Tatsache fatalistisch abzufinden bereit wäre. Im Gegenteil ist es entschlossen, seine Kräfte um so mehr anzuspannen, um angesichts der Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft, die den schweren Krisennotstand bisher heroisch getragen hat, alles, was im Bereiche der Möglichkeiten liegt, für die arbeitenden Schichten herauszuholen.

In diesem seinen Beginnen rechnet das Fürsorgeministerium nicht nur mit dem einsichtsvollen Verständnis der Regierung, sondern in besonders starkem Maße mit der Unterstützung der Nationalversammlung, welche im Bewußtsein ihrer Verantwortung und Pflichten beweisen wird, daß sie auf der Höhe ihrer großen und schicksalsschweren Aufgabe steht.

„Jockele, geh du voran!“ — sagt Paul Boncour.

Paris, 23. September. Die gesamte französische Presse stimmt der gestrigen Kundgebung des französischen Delegierten in der Sitzung des Präsidiums der Allgemeinen Abrüstungskonferenz, des Ministers Paul Boncour, zu, der verlangte, daß die Kontrollkommission das Recht haben solle, direkt internationale Enquêtes über den Stand der Rüstungen der einzelnen Staaten und zwar an Ort und Stelle zu veranstalten. Einige Blätter schreiben, daß eine solche Kontrolle nicht nur für Deutschland am Plage wäre, sondern auch für Sowjetrußland und Italien.

Gandhi einverstanden

mit Vereinbarungen zwischen Hindus und Parias.

Bombay, 23. September. (Reuter.) Aus Poona wird privat gemeldet, daß bereits eine vollständige Einigung zwischen den Hindu Führern und den Vertretern der Parias über das Wahlrecht der unterdrückten Kasten erreicht wurde und daß Gandhi diese Einigung gundsätzlich genehmigte.

Religiöse Kämpfe toben weiter.

Srinagar (Kaschmir, Britisch-Indien), 23. September. Bei einem im Zusammenhang mit einer Pfandfindertwoche abgehaltenen Umzuge kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensgemeinschaften. 50 Personen sollen verletzt worden sein. Außerdem wurden mehrere Läden geplündert. Die Ordnung ist jetzt wiederhergestellt.

Neue Tagung des Völkerbundesrates.

Die 68. Tagung des Völkerbundesrates wurde Freitag vormittags unter dem Vorsitz des Präsidenten des irischen Freistaates, De Valera, eröffnet. Die Tagung begann mit einer kurzen, sehr eindrucksvollen Trauerkundgebung für den verstorbenen Völkerbundkommissar in Danzig, den Grafen Grävina.

Am 25. September Atus-Aktion

„Schutz dem Arbeiterkinde!“

Frech und gemein.

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ darf man als das Organ der sudetendeutschen Fabrikanten betrachten. Darum hält sie sich berechtigt, in dem gleichen rüden Ton, den manche dieser Herren in ihren Unternehmungen gegenüber den Arbeitern anzuwenden belieben, gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen.

In einer ihrer letzten Ausgaben schreibt der schon faßfam bekannte Herr Zeidler folgendes:

Der weibliche und rötliche Zweig des Marxismus, die SPD, verbirgt die Abneigung gegen ein freies, selbstherrliches deutsches Vaterland hinter allerhand faulen Ausreden und Phrasen. Diese feile, verfertete Bonzenschaft, die, seitdem man sie aus Pfaster geseht hat, noch wilder Lieber geworden ist, ist heute weder einer offenen, starken Liebe, noch eines offenen und starken Hasses mehr fähig. Raum jemals in der deutschen Geschichte ist ein Gebilde, das einmal machvoll gewesen, in solcher Unschönheit, ja, Schäßigkeit, dem Ende entgegengetritten, wie die SPD. Ihre Reichstags-„Fraktion“ hat zur Wehrpolitik Schleichers in der folgenden beschämenden Weise Stellung genommen: „Die Sozialdemokratie hält die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie den andern den Vorwand

Alfons Petzold.

Zu seinem 50. Geburtstag am 24. September.

Vor 50 Jahren, am 24. September 1882 wurde er geboren — der feinsinnige und seelenreiche Proletarier Pehold, und wir könnten diesen Tag, der des Lebens Reifehöhe bezeichnet, mit ihm feiern, weil er noch unter den Lebenden. Aber er ist hinabgestiegen ins Schattenland — und wir können nichts mehr tun, als in wehmütvoller Verehrung seiner als eines großen Schaffenden zu gedenken.

Bis zur Reife hat Pehold, ein Wienerkind, den Leidenskelch eines Proletarierlebens geleert. Seiner Eltern Geschick war ein tragisches. Der Vater hatte an einer Militärrevolte teilgenommen; unheilbar sick sick ihn die Militärjustiz in eine zerstörte Existenz hinaus, nachdem er in der Festungshaft zum Gelächerten geworden war. Nun mußte die tapfere Mutter allein die Ernährerin sein. So rangen sie sich durchs Leben bis sich die Arme bei der Arbeit beide Hände brach. Und so wuchsen Not und Elend in jenem Heim, in der der junge Alfons aufwuchs, immer mehr an.

Wie gern hätte das hochbegabte Kind Alfons, in dessen rachitischem Körper ein reger, wissenschaftlicher Geist wohnte, gelernt, studiert!

Bulgarische Sozialdemokratie wieder einig.

Sofia, 23. September. (Eig. Drahtb.) Der Bruderzwist innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung Bulgariens, der seit der letzten Spaltung im Jahre 1926 bestand, hat ein Ende gefunden. Nach langen Verhandlungen zwischen den sozialistischen Gruppen, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der sozialistischen Föderation, konnte eine vollständige formale und tatsächliche Einigung erzielt werden, worüber ein Protokoll unterzeichnet wurde. Danach sind die Mitglieder der sozialistischen Föderation, die aufgehört hat zu bestehen, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei übernommen worden. Am Freitag wird die vollzogene Einigung in einer feierlichen Sitzung proklamiert werden.

Der sozialistische „Narod“ veröffentlicht ein Manifest des Zentralkomitees der beiden Gruppen an das werktätige Bulgarien, in dem das Ende der Spaltung bekanntgegeben und als Markstein in der Entwicklung des bulgarischen Sozialismus bezeichnet wird.

Der Londoner Verkehrstreik beendet.

London, 23. September. (Reuter.) Die Delegiertenkonferenz der Angestellten der Londoner Autobusgesellschaften hat mit 39 gegen 32 Stimmen die neuen Bedingungen der Unternehmer angenommen, die zwar keine Lohnherabsetzung enthalten, dafür aber einige Änderungen der Arbeitsbedingungen, durch die eine Beschleunigung des Dienstes erreicht werden soll. Der Streik wird also noch heute beendet werden.

Ein Riesenkonkurs in USA.

Chicago, 23. September. (Reuter.) Die Corporation Securities Company Chicago und die Infall Utilities Investments, die sich mit finanziellen Transaktionen befaßten und von Samuel Infall kontrolliert wurden, haben heute nach einer Verordnung des amtlichen Richters Lindley den Konkurs erklärt. In den beiden Gesellschaften hatte das Publikum Einlagen von 300 Millionen Dollar gemacht.

Sitzung des internationalen Sachausschusses für Schach.

Im Verbandsheim des AUE in Ruffig wurde Freitag um 9 Uhr vormittags die erste Sitzung des Sachausschusses der SAES eröffnet, an der die Gen. Max Pflaum, Chemnitz, als Vorsitzender und die Gen. Bernh. Tisch, Wien, und A. Paz, Teplitz, teilnahmen. Bekanntlich waren die Arbeiterschachspieler früher in einer eigenen Internationale (Arbeiter-Schach-Internationale) zusammengefaßt, die sich aber auflöste und der SAES eingliederte.

Gen. Pflaum konnte berichten, daß sich dadurch das Arbeitsschach für den Sachausschuß außerordentlich günstig gestaltet und nur deswegen auch gute Fortschritte im letzten Jahre unter bester Mithilfe durch den Internationalen technischen Hauptausschuß und das Büro der SAES erzielt werden konnten. So wurden neue Beziehungen, die zum Teil schon gute organisatorische Erfolge zeigten, angeknüpft mit Finnland, Norwegen, Belgien, Rumänien, England und Holland. Trotz internationaler Wirtschaftskrise pulsierte im letzten Jahre in der internationalen Arbeiterschach-Bewegung stärkeres Leben denn je.

Zur Behandlung stehen während der Ruffiger Sitzung folgende Tagesordnungspunkte: Berichte des Vorsitzenden; die nächsten Aufgaben (Jugend- und Erziehungsfragen); Propaganda; das internationale Wettkampfstattut, und Anträge. Den Verhandlungen, die am Samstag fortgesetzt werden, wünschen wir den besten Erfolg. Daß auch die Arbeiterschachspieler bemußte Arbeit im Dienste der Gesamtbewegung leisten, war aus den Worten des Vorsitzenden zu entnehmen, der erklärte, es sei ihre erste Aufgabe, das Proletariat geistig zu ertüchtigen für den Kampf gegen die Reaktion.

Südamerikanischer Krieg lobt weiter.

La Paz, 23. September. (Reuter.) In einer an die neutralen amerikanischen Staaten gerichteten Note lehnt die bolivianische Regierung alle Bedingungen als unannehmbar ab, die die Regierung der Republik Paraguay für die Einstellung der Kämpfe und Errichtung einer neutralen Zone gestellt hat.

Asuncion (Paraguay), 23. September. Amtlich wird bekanntgegeben, daß am Donnerstag zwei bolivianische Regimenter versuchten, die paraguayische Front zu durchbrechen und die vom Feinde in der Festung Boqueron im Gran Chaco-Gebiet eingeschlossenen Kameraden zu befreien. Der bolivianische Angriff wurde jedoch zurückgeschlagen, und die Angreifer mußten unter großen Verlusten den Rückzug antreten. Paraguayische Militärabteilungen haben bolivianische Schützengraben in einer Breite von 300 Yards erobert und 72 feindliche Soldaten niedergemetelt.

Vom Rundfunk

- Empfehlenswertes aus den Programmen.
- Sonntag.
- Prag: 6.15 Gymnastik. 9.15 Konzert. 12.00 Blasorchester. 18.00 Deutsche Sendung: „Die verschwundene Glocke“, Funtoper. 19.00 Blasorchester. 21.00 Orchesterkonzert. 22.35 Tanzmusik. — Brünn: 11.00 Matinee. 18.00 Deutsche Sendung: „Die Magd als Herrin“, Oper von Pergolese. — Breslau: 18.00 Humoreske. 18.15 Unterhaltungsmusik. 20.00 „Los Nr. 66“, Operette. — Berlin: 18.45 „Kleine Liebe aus der großen Stadt“, Hörspiel. — Breslau: 18.50 Scherz- und Spottlieder. 20.00 Volksständisches Konzert. — Hamburg: 14.45 Stunde für Kinder. 18.30 Neue Chormusik. — Königsberg: 15.00 Königsberger Vandonium-Club. 15.40 Rund um die Wiener Stadt. — Königsbrunn: 20.00 Orchesterkonzert. — Leipzig: 11.30 Bach-Kantate. 18.06 Aus deutschen Opern. — Wladimir: 12.00 Kammermusik mit Gitarre. — München: 20.10 „Die Geisha“, japanische Teehausgeschichte. — Wien: 11.00 Sinfoniekonzert. 15.20 Kammermusik.

zu einem umerlofen Betrücken gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müßte. Nur eine Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung, auf die Erhaltung des Friedens und die internationale Abrüstung gerichtet ist, bürgt für die wirkliche Sicherheit.“ Uff! Da bleibt einem um ein gemüthliches, urbarisches Wort zu gebrauchen, die Spude weg. Rudi Breitscheid, der ach, gar sehnsuchtsvoll darauf gelauert hatte, einmal des Deutschen Reiches Außenminister zu werden, hat das Sprichwort: „Ab- und nicht auf-räumen!“ irgendwo während der verfloffenen Wahlmonate, wenn ich mich recht besinne, im Rheinlande zum besten gegeben. Er wird wohl auch anlässlich jener Sitzung seiner „Fraktion“ die Stimmgabel gehalten haben.

Diese Töne kommen uns sehr bekannt vor. In der Zeit nämlich, die Herr Zeidler als die „machtvolle“ der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, hat man die Friedenspolitik der Sozialdemokratie ebenso behandelt. Man beschimpfte die sozialdemokratischen Führer als Nationalverräter; in dem gleichen Maße jedoch, in dem sich die Nationalpartei geistig und zahlenmäßig zurückentwickelt hat, nahm die Unschicklichkeit, ja, Ordinarität ihrer Zeitungsschreiber zu. Diese Freche und gemeine Art des „Kampfes“ ertrogen wir mit der gebührenden Betrachtung.

Aber davon konnte ja keine Rede sein. Sechs Jahre in einer Klosterschule, dann hinein in die Freimühle. Es kam eine Station des Tornenwegs nach der anderen: Zuerst Wehring in einer Metallschleiferei — eine Tätigkeit, die der kränkliche Anabe nicht forschen konnte — und dann in bunter Reihe weiter: Kellnerlehrling, Tagelöhner, Laufjunge, Hilfsarbeiter in einer Fabrik, Fensterputzer, Geschäftsdienst in einer Buchdruckerei, Packer in einer Schokoladenfabrik. Und überall treibt ihn Krankheit vom lergen Verdienstsplatz weg. Genius im Joch! ... Ende 1908 stellte sich eine schwere Lungenblutung ein. Und als die Not am höchsten war, nahmen ihn zwei wadere Arbeiterfrauen hilfreich zu sich. Liebreich betreten sie ihn und ihr edles Beispiel weckte Nachahmer. Es fanden sich Gönner, die dem bereits damals sich dichterisch betätigenden jungen Mann einen Kuraufenthalt in Alland und Gries bei Bozen ermöglichten. Und der leidende Organismus, in dem eine Feuerseele lebte, erholte sich wieder. Der Dichter erwachte und regte die Schwingen. ... Unermüdliger Schaffens- und Wissensdrang, der ihn über all seine Not und sein Elend hinaushob, ließ ihn auch, wie selten einen, auf seine Weiterbildung bedacht sein. Im Arbeiterbildungsverein und in Bibliotheken stiftete Pehold seinen Durst nach Wissen und geistiger Entwicklung.

1910 war sein erster Gedichtband erschienen: „Trox allem!“ — der Titel ein Symbol für den Schaffenden. Ihm folgte 1911 „Die Memoiren eines Anses“ und 1915 „Aus dem Leben und der Werkstatt eines Wandernden“, die Selbstbiographie des Dichters, an die sich Gedichte und Novellen reihten, die immer „ins volle Menscheneben“ hineingriffen, ins Leben des Proletariats mit all seiner düsteren Schwere, aber auch seelischen Kraft. Verse sind in diesen Gedichtbänden, die in jedes Buch gehören, das Jugend lieft, wie z. B. das von der jungen Arbeiterin, die an der Maschine, sich selber opferte, die frange Genossin rettet, oder jener hymnus „Das Große“, ein Preislied der Solidarität, wie nicht bald ein seelensärteres erlangt.

Hell brannte die Flamme dieses Herzens. Vieles und Großes hätten wir noch zu erhoffen gehabt, aber unerbittlich grausam waltete die Natur. Am 26. Jänner 1923 verschied Pehold in Altbühl, wo er wiederholt Linderung seines Leidens gesucht hatte. Ein reiches Herz hatte sich verströmt.

Wir können seinen 50. Geburtstag nicht mehr mit ihm feiern, aber eins können wir tun: nehmen und uns aus Herz legen, was des franken Dichters Hand und Blick für uns zur Erhebung geformt und gebildet hat.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

"Gilgi, du wirst heute einundzwanzig Jahr alt."

"Das weiß ich."
"Ja", sagt Frau Kron und wieder "ja", dann schweigt sie. Ihre blaffen, vollen Lippen bewegen sich, zittern.

"Du red schon, Mutter." Frau Kron schweigt. Gilgi schiebt ungeduldig ihre langen, schmalen Füße unter der Bettdecke vor — sie konnte schon immer ihre Turnübung machen.

"Gilgi!" Frau Kron's Stimme klingt hoch und trocken, "du bist nämlich nicht unser Kind."

Gilgi vergißt zu atmen. "Was — hast — du — da — gesagt?"

"Du bist nicht unser Kind."

"So!" Gilgi begreift nicht ganz. Zehn Minuten später hat sie begriffen. "So", macht sie noch einmal.

Immer schön fest auf den Füßen stehen, ja nicht wackeln. Wenn weiter nichts ist. Ihr Gesicht ist gleichmäßig, sie reagiert noch innen.

"In zwanzig Minuten bin ich am Kaffeetisch, Mutter."

Frau Kron begreift, daß sie gehen soll. "Nimm's dir nicht weiter zu Herzen, Kind."

"Rein", sagt Gilgi und macht die erste Kumpfleuge. Frau Kron geht.

Immer hübsch fest auf den Füßen stehn. Auf — nieder. Ihr soll's nur recht sein so. Warum wohl mit dieser Eröffnung ausgerechnet bis zu ihrem einundzwanzigsten Geburtstag gewartet wurde? Es fällt ihr nicht ein, sich durch solche Sachen aus dem Gleichgewicht bringen zu lassen. Soll sie erschüttert sein? Verlangt man heftige Gemütsbewegungen von ihr? Muß sie etwas Besonderes tun? Wie benimmt man sich in solchem Fall?

Eine kleine Näherin ist ihre Mutter. Vater unbekannt. Von Proletariern stammt sie ab. Das freut sie, denn sie hat nie Wert darauf gelegt, zur bürgerlichen Gesellschaft zu gehören.

Gilgi geht in das Blüschzimmer. Der Washington, das tugende Rechte, der zeitungslesende Herr Kron — alles ist ihr genau so fremd, wie es ihr immer war. Nicht mehr, nicht weniger. Auf dem Tisch steht der übliche Geburtstagsnapfchen mit den schönen, regelmäßigen Indulationswellen. Ueber die Sofalehne gebreitet liegen Frau Kron's Geschenke: dunkelblauer Seidenstoff für ein Kleid, lange weiße Glacéhandschuhe (beides mit Gilgi zusammen gekauft) und aus eigenem Antrieb eine Flasche Eau de Cologne und eine unverwundbare Tasche. In der Tasche steckt Herrn Kron's jährliches Geburtstagsgeschenk: ein Fünzigmarkschein.

"Danke, Vater." Gilgi gibt Herrn Kron die Hand. Er sieht von der Zeitung auf.

"Laß dir jut jehn im neuen Jahr, Gilgi, bleib gesund und — denk jaanich mehr an das, was dir Mutter eben jesaacht hat."

"Tu ich schon jehnt nicht mehr, Vater."

"Na, denn es man jut."

"Danke, Mutter." Gilgi küßt Frau Kron auf die Schläfe.

"Jesalln dir die Sachen, Kind? Der Stoff is delatiert. Was sagste zu der Tasche?"

"Wunderschön, Mutter." Gilgi hält die Tasche in der Hand. Die Mutter guckt so ängst-

lich und erwartungsvoll, man muß noch was sagen, aber was, was, was? "Wunderschön, wirklich, wun . . ." Die erwartet nun was, hat sich Sorgen gemacht, nun muß man was sagen, traendetwas mit Liebe und Gefühl, aber das geht



18. Gilgi, trink, Gilgi! (Phot. Paramount)

"Ja, Gilgi, trink, Gilgi." Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Sie würgt am Napfchen, hat keinen rechten Appetit. Ja, Gilgi, trink, Gilgi! Verschluckt anständig von den Leuten. Haben mir einundzwanzig Jahre hindurch Wohnung gegeben,

Wer ist schuld? Marxismus oder Kapitalismus?

Die Vereinigten Staaten sind das Land ohne

Marxismus. Dort gibt es keine Soziallasten, dort hat weder der Unternehmer noch der Arbeiter Beiträge zur Sozialversicherung zu zahlen, dort gibt es staatlichen Schutz weder für Kranke, noch für Arbeitslose, noch für Invaliden.

Die Vereinigten Staaten, das Land ohne Marxismus, müßten also, wenn man den Unternehmern glaubt, ein Land ohne Elend, ein wahres Paradies sein.

In den Vereinigten Staaten gibt es keinen Marxismus — gibt es auch dort keine Wirtschaftskrisen?

In Dalland (Kalifornien) wurden etwa 450.000 Liter Milch ins Wasser gegossen.

Im Staate Neuyork müßten die Behörden gegen die Verunreinigung der Flüsse mit von den Produzenten weggegoßener Milch einschreiten, da die Fische daran zugrunde gingen.

In Katchikan Bay (Alaska) wurden 400.000 Büchsen mit Lachs vernichtet.

Auf den staatlichen Weizenfeldern Mahomas allein wurden im Herbst 1931 etwa 17.000 Doppelzentner Weizen verbrannt.

In Westkanada ließen die Farmer teilweise die reife Weizenfrucht auf den Feldern verfaulen, da die Preise eine Ernte nicht lohnten. Bei einem durchschnittlichen Selbstverbrauch von jährlich 18.728 Ballen Rohbaumwolle logen in den Vereinigten Staaten unverkauft um die Jahreswende 1931/32 etwa 25.820.000 Tonnen. Daraufhin gab die Bundes-Farmbehörde den Baumwollpflanzern den Rat, jede dritte Reihe Baumwollpflanzen nicht zu pflücken, um auf diese Weise gegen 4 Millionen Ballen Baumwolle zu vernichten.

In Okanagan Valley in Britisch-Kolumbien (Kanada), dem reichsten Obstbaudistrikt des Landes, wurden die Äpfel teilweise nicht erst geerntet, teilweise wie Kartoffeln in die Waggons geschüttet, weil sich die übliche Verpackung nicht lohnt.

Da die Äpfel demzufolge verfaulten, müßten sie weggeworfen werden.

"Auch Tritte gegen den Unterleib bewähren sich gut"

Machen, 23. September. (Eig. Drahtb.) In dem nationalsozialistischen "Westdeutschen Grenzblatt" waren unter den sportlichen Mitteilungen folgende "Verteidigungsbewegungen" gegen die Eiserne Front empfohlen worden: Weinretzen, Weinstellen, Faustschläge nach dem Magen, nach der Leber, Milz und nach den Augen, "auch Tritte gegen den Unterleib bewähren sich gut". Die Folgen dieser Belehrung zeigten sich am gleichen Tage, als sechs Nazi über einen Kriegsbeschädigten, Vater von vier Kindern, herfielen, weil er ein Flugblatt der Nazis nicht angenommen hatte. Die Nazis verfechten dem Ueberfallenen den berüchtigten Kehloppschlag und mit einem harten Gegen-

essen und Trinken. Haben mich was lernen lassen. Der Mann da, der da die Zeitung liest und den ich eigentlich nichts angehe, schenkt mir jedes Jahr fünfzig Mark. Warum? Die dicke Frau da, die hat fünf Nächte lang geheult und nicht geschlafen, damals, als ich Scharlach hatte. Warum? Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Und ich? Wo mit hab ich bezahlt? Verdammte, ich hab Schulden. "Noch ein Stück Napfchen, Gilgi?"

"Danke Mutter." Ob ich nächstens mal mit ihr zum Kränzchenkaffee gehe? Sinnlos verschwendete Zeit. Ob ich jetzt abends immer zu Hause sitzen soll? Sinnlos verschwendete Zeit. Jedes Beisammensein mit 'euch ist sinnlos verschwendete Zeit. War's, ist's, wird's immer sein. Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Also, wenn ich jetzt auch nur eine halbe Träne heule, schlag' ich alles laputt.

Gilgi ist bei ihrem Freund Pit.

"Pit, ich bin aus Versehen zur Welt gekommen."

"Das sind viele."

"Meinst du nicht, man müßte seinen Eltern dankbar sein?"

"Wofür?"

"Für Geld und Gefühle und alles Mögliche."

"Gilgi, du weißt, ich hab' keine Zeit zu albernem Gespräch."

Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Sie hockt auf der ärmlichen Feldbettstelle, die Beine übereinander geschlagen, das Kinn auf die Hände gestützt.

"Ich friere, Pit."

"Dann müßt du irgend wohin gehen, wo's wärmer ist." Pit ist unfreundlich, das ist er meistens. Gilgi nimmt's ihm nicht übel. — Ein armes Luder der Pit. Geld hat er nie. Volkswirtschaft studiert er — und seinen Lebensunterhalt verdient er sich mit Stundengeben. Mitunter spielt er Klavier in fragwürdigen Anceipen. Manchmal hat er Hunger. Sie ist befreundet mit ihm seit Jahren. Sie hat ihn gern, man kann sich auf ihn verlassen.

Pit sitzt am Tisch, hat vor sich Bücher, Hefte und eine Kanne mit schwarzem Tee. Gilgi weiß, er kann ihr nichts davon anbieten, weil er nur eine Tasse besitzt. Pit ist nicht eingerichtet auf Besuche.

(Fortsetzung folgt.)

RADION wäscht allein und schneller und weisser.

Tagesneuigkeiten

Wieder ein Todesurteil in Brüg.

Brüg, 23. September. Gestern hatte sich vor dem Brüger Schwurgericht der 47jährige aus Brüg gebürtige Schlosserlehrling und Landstreicher Franz Burkl wegen des Verbrechens des Raubmordes, Diebstahles und Betruges zu verantworten.

Am 10. Feber 1925 wurde die Händlerin Anna Horn, die in Meronim im Duxer Bezirk allein ein Häuschen bewohnte, mit einer weitklaffenden Wunde am Halse und anderen Verletzungen tot aufgefunden. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um einen Raubmord handelte, doch blieben die Nachforschungen nach dem Täter durch Jahre hindurch erfolglos. Erst im Jahre 1931 fand die Fahndungsgendarmerie mit Hilfe eines Bergmannes, der einen begründeten Verdacht gegen einen Landstreicher meldete, eine Spur, die schließlich zur Errienerung des Täters Franz Burkl führte.

Die Geschworenen, denen je eine Hauptfrage auf Raubmord, Diebstahl und Betrug gestellt worden war, verlangten die Stellung einer Frage auf Totschlag, der Gerichtshof stellte aber die Frage auf räuberischen Totschlag, die mit zehn Stimmen, die übrigen Hauptfragen mit zwölf Stimmen bejaht wurden. Die Frage auf Raubmord wurde mit neun Stimmen verneint. Auf Grund dieses Wahrspruches wurde der Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil mit Kopfschütteln lächelnd auf.

Burkl hatte sich auch Heiratschwindelen und damit zusammenhängende Betrügereien zuschulden kommen lassen.

Verhaftung eines Spiritus-Direktors.

Uzhorod, 23. September. Eine Kommission des Finanzministeriums, die von Beamten der Hauptfinanzdirektion in Uzhorod begleitet war, nahm gestern und vorgestern in der chemischen Fabrik für Holzdestillation der Firma Bantlin in Berecin eine Revision der Zuteilung als auch der Verarbeitung des unversteuerten Spiritus vor, den die Fabrik zur Erzeugung einiger Produkte verwendet. Nach der Revision beschloß die Kommission die Expeditionsbücher, die Korrespondenz und verschiedene andere Dokumente und nahm später den stellvertretenden Direktor des Unternehmens, den Obergeringieur Karl Alföldi, in Präventivhaft, da er verdächtig erscheint, in betrügerischer Weise viele hundert Liter unversteuerten Spiritus verarbeitet zu haben. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Wie im Kriminal-Film.

Verhaftung eines Berliner Gentleman-Einbrechers.

Berlin, 23. September. Der berüchtigte Gentleman-Einbrecher Erich Marggraf, der seit Monaten von der Polizei gesucht wurde, ist gestern abends in einem Lokal von Kriminalbeamten des Geldschrank-Sonderdezernates festgenommen worden. Die Beamten schenken ihm sofort die Pistole auf die Brust. Marggraf ergab sich, ohne Widerstand zu leisten. Die Festnahme geschah so überraschend, daß Marggraf zunächst überhaupt keine Worte finden konnte.

Marggraf arbeitete als Dachspezialist und als Fassadenkletterer. In seinen Streifen war er dafür bekannt, daß er die stärksten Sicherheitskombinationen mit Dietrichen öffnen konnte. Ende September vergangenen Jahres wurde er aus dem Untersuchungsgefängnis aus Versehen entlassen. Irrtümlich war die Haftstrafe nicht verlängert worden. Seit dieser Zeit wurde eine große Anzahl von Einbrüchen im Westen Berlins ausgeführt. Die Arbeitsweise ließ sofort erkennen, daß hier Marggraf am Werke war. Er verfügte über zwei Privatwagen, die von der Polizei beschlagnahmt werden konnten.

Marggraf, der früher dunkelblond war, hatte sich nach seiner Entlassung die Haare schwarz färben lassen. Dazu trug er eine schwarze Hornbrille. Seit dem Juli, wo er beinahe wieder gefaßt wurde, färbte er das Haar hellblond und trug eine helle Hornbrille. Marggraf war stets elegant gekleidet und von so sicherem Auftreten, daß er nirgends Mißtrauen erregte.

Die Zentraldirektion der Tabakregie teilt im Hinblick auf die Betrügereien bei der Tabakverkaufsstelle in Brünn mit, daß die Ausgabe von Tabakwaren an die Magaziniere stets sorgfältig verfolgt und gesichert wurde, daß die Zentraldirektion die Betrügereien selbst aufgedeckt hat und daß sie auf Grund der gewonnenen Erfahrungen sofort weitere neue Sicherheitsmaßnahmen traf.

stand Schläge über den Kopf, so daß der Kriegsbeschädigte zusammenbrach. Nach ihrer seigen Tat flüchteten die Nazis. Der Ueberfallene wurde von Straßenpassanten in seine Wohnung gebracht.

Strafunterbrechung für politische Gefangene.

Ein Beschluß des preussischen Landtages.

Berlin, 23. September. (B.D.Z.) Im preussischen Landtag wurde der nationalsozialistische Antrag auf Strafunterbrechung für politische Gefangene angenommen, der gleichlautende Zentrumsantrag war damit erledigt. Annahme fand auch ein kommunistischer Annettelantrag, der die Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 16. Juni fordert.



Pit (Phot. Paramount)

lich und erwartungsvoll, man muß noch was sagen, aber was, was, was? "Wunderschön, wirklich, wun . . ." Die erwartet nun was, hat sich Sorgen gemacht, nun muß man was sagen, traendetwas mit Liebe und Gefühl, aber das geht

Eisbrecher in Not.

Moskau, 23. September. Der Eisbrecher „Sibirjakow“, der sich auf der Route Archangelsk-Wladivostok befindet, ist 200 Km. von der Bähring-Strasse durch gewaltige Polareisbänke aufgehalten worden. Die Schraubenswinde zerbrach und die Schrauben samt Schaufeln versanken. Die Expeditionsleiter hoffen, daß der Eisbrecher treibend ins lockere Eis in der Bähringstraße kommen wird. Der Eisbrecher ist mit einem russischen Dampfer in Verbindung getreten, der sich in der Nähe des Kapts Deschew befindet und den Eisbrecher dann in Schlepptau nehmen und ihn nach Laupentlus bringen soll. An Bord des Eisbrechers sind alle wohl und munter.

Ein Lokomotivführer im fahrenden Zug niedergeschossen.

Paris, 23. September. Nach einer im „Echo de Paris“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Clermont-Ferrand ist gestern auf den Lokomotivführer des D-Zuges Paris-Nimes ein Revolveranschlag verübt worden. Der D-Zug kreuzte unweit der Station Clermont-Ferrand einen anderen Zug, als der Feiher sah, wie sein Lokomotivführer durch einen anscheinend von dem anderen Zug aus abgegebenen Revolvererschuss niedergestreckt wurde. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt.

Es wird wieder geschossen! Nichts anderes als ein Ausbruch der Verzweiflung waren die Versuche der Volksmenge in Nizni Nysi, die Durchführung einiger Exekutionen zu verhindern. Aber diese Versuche kosteten einen fiebzigjährigen Bauern das Leben und einige andere Bürger die Gesundheit. Denn die Gendarmerie, die keinen Spaß versteht, schoß in die Menge. In Notwehr, versteht sich! — Das ist der erste Versuch im heurigen Jahr, soziale Fragen mit Hilfe blauer Bohnen zu lösen. Wir haben Duz, Radotin und Freiwaldau erlebt — sollen sich in diesem Rotwinter, der alles bisher von den Arbeitslosen erlebte Leid in den Schatten stellen wird, die Gendarmerieschießereien wiederholen? — Die Salven der Gendarmerie werden begleitet von der Hege der tschechischen Agrarier gegen die Arbeitslosenunterstützungen und aus dem Munde hoher Staatsfunktionäre kann man hören, daß für die Arbeitslosen in genügender Weise gesorgt sei. Zur gleichen Zeit wird aber der Mann, der augenblicklich für das Fürsorgeministerium verantwortlich ist, ob seiner sozialen Gesinnung und seiner Tatkraft von der Presse des Ministerpräsidenten deshalb in der unerhörtesten Weise beschimpft, weil er sich schützend vor die sozial Schwachen stellt. — Für die Arbeitslosen ist in genügender Weise gesorgt? Die Gendarmeriekommandanten und jene, von denen sie geführt werden, scheinen davon weit mehr überzeugt zu sein als die Arbeitslosen. . . .

Vom Irrsinn unserer Devisenwirtschaft. Seit einigen Wochen dürfen Bücher aus dem Auslande nach der Tschechoslowakei nur dann gebracht werden, wenn die Nationalbank zur Bezahlung der zu beziehenden Waren die entsprechenden Devisen zuteilt. Kaum war die Verordnung erschienen, wurden Bücher nicht mehr über die Grenze gelassen oder sie wurden von den zuständigen Zollämtern zurückgehalten. Man konnte sich mit dieser Praxis noch abfinden, wenn die Zollämter nur jene Bücher aufhalten würden, die gelautet wurden und für die nach dem Auslande — in den meisten Fällen handelt es sich natürlich um Deutschland, das für die Sudeten-deutschen als Bücherlieferant in Betracht kommt — Zahlungen geleistet werden müssen. Aber die Zollämter lassen auch gescheitete Bücher einfach nicht herein. Als Beweis folgendes Beispiel: Eines unserer Parteiblätter erhält vom Verlag Brockhaus in Leipzig ein Besprechungsexemplar des Großen Brockhaus, eines bekannten Lexikons. Das Werk erscheint im Laufe von ca. drei Jahren, indem alle drei Monate ein neuer Band herauskommt. Dieser Tage kam der 12. Band zur Versendung. Das Zollamt in Olmütz hat das Buch aufgehalten und will es nur herausgeben, wenn die Devisenbewilligung der Nationalbank vorgelegt wird. Wohlgerollt: Für das Buch wird keine Zahlung nach Deutschland geleistet und die Nationalbank kann gar keine Devisen zuweisung vornehmen. Aber das Olmüher Zollamt geht von seinem Standpunkt nicht ab, obwohl ihm der Sachverhalt klargestellt wurde. — Daß es natürlich ein unmöglicher Zustand ist, wenn die Zollämter sich eine solche Praxis zurechtlegen, liegt auf der Hand. Aber in den Zollämtern wird eben nationalchauvinistisch gehandelt, denn der Bürokrat ist es willkommen, wenn sie mit einem Schläge sowohl den deutschen Export wie auch den deutschen Bürger dieses Staates treffen können. Dabei macht es den Zollbeamten gar nichts aus, wenn ihre Praxis in höchsten Grade lächerlich ist.

Eröffnung eines neuen staatlichen Krankenhauses in Karpatorusland. Das Gesundheitsministerium in Prag eröffnet am 28. September ds. J. das neue staatliche Krankenhaus in Atno Szlatica in Anwesenheit von Vertretern des Landesamtes in Ungvar und aller übrigen leitenden karpatorussischen Ämter sowie unter Beteiligung zahlreicher Korporationen. Die feierliche Eröffnung wird am 28. September um 11 Uhr

Masse marschiert



Ein Ausschnitt aus der sozialdemokratischen Kundgebung, die kürzlich in Zürich stattfand.

erfolgen und die Tätigkeit des Krankenhauses ab 1. Oktober ds. J. aufgenommen werden. Die Pflanztag beträgt für die 3. Klasse 24 K und für die 2. Klasse 50 K. Das Krankenhaus wurde als Filiale des staatlichen Krankenhauses in Munkacs eingerichtet.

160.000 Zigaretten gestohlen. Aus Wiener-Neustadt wird ein großer Zigaretten Diebstahl gemeldet. Dieser Tage war von der Tabakfabrik Sainburg ein Waggon Zigaretten an eine ihrer Vertriebsstellen in Wiener-Neustadt abgegangen. Bei der Ankunft wurde festgestellt, daß die Waggonpflanzern erbrochen waren und vier Kisten mit insgesamt 160.000 Zigaretten entwendet worden waren. Die Ausforschung der Täter ist im Zuge.

Flüchtige Mörder. Der Wiener Polizei ist es gelungen, den kürzlich erfolgten Mord an dem Buchhändler Siegmund Rosenbergs im zweiten Bezirk soweit aufzuklären, daß sie als Täter den 22jährigen Diener Mathäus Hochmann und den 24jähr. Chauffeur Nikolaus Kauz, beide aus Wien, feststellte. Die Kleidungsstücke, besonders die Mützen, welche am Tatorte gefunden wurden, wurden als das Eigentum der beiden erwähnten reichsdeutschen Angehörigen festgestellt. Die beiden Männer aber haben bereits am 10. ds. Wien verlassen und sind mit dem Dampfer nach Passau gereist. Die Wiener Polizei ersuchte die deutschen Behörden um ihre Unterstützung bei der Verfolgung der Mörder.

Verhafteter Kautionschwindler. Der 31jährige Produktenhändler Josef Schmidt aus Kopitz bei Brüx inserierte in einer Reihe von Blättern, daß er Personen, welche Kautions erlegen können, in Dienst nehme. Diese Tätigkeit entfaltet Schmidt insbesondere in Pilsen und in der Umgebung von Pilsen. Es meldeten sich einige Personen, welche infolge der Zusicherung, daß er ihnen eine Beschäftigung verschaffen werde, Geld im Gesam-

trage von 9200 K übergaben. Um nicht auffällig zu werden, gab Schmidt früher aufgenommenen Personen Urlaub oder entließ sie. In einigen Fällen stellte er auf Drängen nach Rückstellung der Kautions ungedeckte Wechsel aus. Auf Anzeige der Geschädigten erfuhr die Pilsner Polizei von den Betrügereien Schmidts, der verhaftet wurde. Von dem herausgelockten Gesamtrage wurden bei Schmidt nur 104 Kronen gefunden. Mit dem übrigen Gelde hatte er Schulden und seine Kosten gedeckt.

Mißglücktes Eisenbahnattentat. Ein Lampenreiniger der Eisenbahnverwaltung fand früh auf der Strecke Gelsenkirchen-Wattenscheidstrah zwei eiserne Feldbahnschwellen zwischen den Schienen eingelassen. Auf die Ergreifung der unbekanntem Täter hat die Reichsbahn eine Belohnung ausgesetzt.

Bankbeamten-Abbau in Oesterreich. Ende dieses Monats werden nach Blättermeldungen weitere Kündigungen von Beamten und Angestellten der Oesterreichischen Kreditanstalt erfolgen. Es wird mit einem Abbau von weiteren 200 bis 300 Beamten und Angestellten gerechnet.

Unfall bei der Aufernte. Beim Pflücken von Rüben stürzte, wie uns gemeldet wird, in Raaden der Wirtschaftsbefitzer Karl Langer von einem hohen Baume ab. Er hatte sich an einem dünnen Ast angehalten, doch brach dieser ab, und Langer fiel mit in die Tiefe, wobei er mit dem Kopf aufschlag und schwer verletzt liegen blieb.

78 Mal Betrug. Wie uns aus Saaz berichtet wird, wurde der 24jährige Franz Pavlik aus Jann, der als angeleglicher Ingenieur und Zentraldirektor einer Maschinenfabrik längere Gastspielreisen in Nordwestböhmen absolvierte, wegen vielfacher Betrügereien verhaftet. Pavlik betrieb einen schwindehaften Handel mit Fahrrädern, Musikinstrumenten, Nähmaschinen usw., d. h. er ließ sich Anzahlungen von jeweils mehreren hundert Kronen

Arbeiter

„Freundschaft“

ausfolgen, ohne daß es ihm eingefallen wäre, die Bestellungen auch auszuführen. Nicht weniger als 78 solcher Betrugsfälle konnten dem Herrn „Zentraldirektor“ nachgewiesen werden.

Ameisen als „Stütze der Hausfrau“. Unsere Hausfrauen können mit Recht auf ihre Kolleginnen in manchen Teilen Südafrikas blicken, denen ihre mühselige Arbeit von Ameisen besorgt wird. Die dort heimischen Soldatenameisen werden zu diesem Zweck benutzt. Diese Insekten marschieren in geschlossenen Formationen, die gewöhnlich einen Meter breit und einen Kilometer lang sind, auf ihren Wanderungen unaufhaltsam dahin und alles Erhbare, was in ihren Wegen liegt, wird von ihnen bis auf das letzte Krümchen verzehrt. Sind die Ameisen im Aumarisch, dann legt die kluge Hausfrau Nahrung aus, um sie auf ihr Haus zu lenken, und öffnet alle ihre Türen und Fenster. Die ganze Familie verläßt die Behausung, und die Ameisen besorgen das übrige. Nicht ein Fettsack bleibt übrig. Alle Ecken und Winkel werden gesäubert, die Töpfe und Pfannen glänzen, wie wenn sie sorgfältig gereinigt wären. Schwaben und anderes Ungeziefer sind vollkommen vertilgt. Glücklicherweise rühren die Ameisen nur erhbare Dinge an. Möbel, Kleidungsstücke und Ähnliches sind vor ihnen sicher. Für die Unaufhaltsamkeit ihres Marsches spricht eine Beobachtung, die kürzlich ein Reisender mitteilte. Sein Lagerfeuer befand sich in der Richtung der anmarschierenden Kolonnen. Aber keine Ameise machte halt; sie stürzten sich direkt in das Feuer, bis dieses durch die Zahl der Einfallenden ausgelöscht war, und die übrigen setzten ihren Marsch über die Leichen der Verbrannten fort.

Die Rundfunkstation des Völkerbundes, die in Bragança bei Genf gebaut worden ist, wird Sonntag um 12 Uhr eröffnet. Die regelmäßigen Rundfunksendungen der Völkerbund-Station werden in englischer, französischer und spanischer Sprache stattfinden.

Münzenfund aus der Zeit Karls IV. Beim Abtragen des alten Hotels „Kamaraitsh“ in Ungarisch-Gradiß fanden Arbeiter vor dem Zusammenstürzen hinter dem Kamin einen Sack mit Silbermünzen aus der Zeit Benedikts I., Johann von Luxemburg, Karls IV. und des ungarischen Königs Ludwig von Anjou. Die Münzen wurden beim Graben zerstreut und die Mehrzahl derselben wurde von den Bewohnern, die jogleich herbeigelaufen kamen, verschleppt. Trotzdem gelang es dem Polizeinspektor Tokalek und dem Auflos des Museums, Revidenten Jelinek, 1345 Stück dieser Münzen zu retten. Die meisten davon stammen aus der Zeit Karls IV. Das Haus, in dem die Münzen gefunden wurden, gehörte dem bekannten Rebellen der böhmischen Bruderbewegung, B. Sedlak; nach der Schlacht auf dem Weissen Berge wurde sein Haus beschlagnahmt und dem Pfarrer von Ungarisch-Gradiß, S. Aufsiedel, geschenkt. Vor einiger Zeit fanden Arbeiter beim oberen Kamin die Statue eines auf einer Ottomane liegenden Türken und zwei Wappen.

Besuch in der Lunte.

Von Erich Grisar.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, es hätte ebensogut heißen können: Besuch bei der Lunte. Denn die Lunte ist nicht nur ein Lokal, sondern auch eine Frau, der man, weil sie den ganzen Tag eine brennende Zigarette im Munde hat, diesen Namen gegeben. Wie sie richtig heißt, weiß natürlich nur das Finanzamt, aber mit dem haben wir hier nichts zu tun. Die Gäste dieses kleinen Cafés übrigen auch nicht, denn es sind zumeist junge Vertreter der Berliner Boheme, die es auch heute noch gibt, wie es sie immer gegeben hat, und die natürlich in einer Zeit, wo es selbst dem Begabten kaum noch möglich ist, den Sprung zum Romantischen, wo die Tasse Kaffee sechzig Pfennige kostet, zu machen, zahlreicher ist als sie je war.

Natürlich hätte die Lunte, die in der Lunte ständig eine Lunte im Munde hat, nicht genügt, um das kleine Lokal mit seinen niedrigen Stühlen und Tischen, an deren Beinen der Schreiner mächtig mit dem Holz gespart hat, auch mit Gästen zu füllen; die Salate der Lunte taten das übrige. Vielleicht gibt die Lunte auch Kredit, aber das habe ich gar nicht erst probiert, denn ich sehe so kreditwürdig aus, daß man mir gar nicht glaubt, daß auch ich zuweilen den Kredit sehr nötig brauche.

Natürlich ist es jungen Menschen, die nach Taten dürsten, nicht genug, den ganzen Tag bei einer Tasse Kaffee oder einer Portion Luntensalat zu hocken und auf den Erfolg zu warten, der sicher auch für sie einmal kommen wird, sie wollen sich bestätigt sehen. Für einen, der Maler ist, ist das nicht so schwer. Er nimmt einen Pinsel, füllt die Wände und bemalt sie mit den Gestalten seiner Phantasie und wenn das nicht genügt, nimmt er einen großen Bogen, malt die Lunte darauf und schreibt darunter: Ich bin die Lunte. Das hängt er dann, halb als Kellner, halb als Kollektivbekenntnis der Luntengäste, an die Wand zu anderen Bildern, zu denen junge Mädchen, die wie

ihre Freunde bereit sind, den Kelch des Lebens in Bitterkeit und Süße bis zur Reize zu kosten, Modell gestanden haben. So bekam die Lunte allmählich die Atmosphäre, die den braven Bürger schreckt und die jungen Künstler lockt.

Nicht so leicht haben es natürlich die Dichter, dem Lokal auch ihrerseits ihren Stempel aufzudrücken. Sie können ihre Verse auf große Bogen schreiben und an die Wand hängen, aber was ein richtiger Vers ist, der muß gesprochen werden. Nun sind aber junge Dichter meist ein wenig schüchtern (was sie nicht hindert, sobald sie erst einmal gedruckt sind, unverschämt zu werden), und lieber aufgefordert, als daß sie selbst sich anbieten. Aber schließlich, wozu sieht man unter Freunden?

Blötzlich tritt ein junger Mann, der eben noch bereit war, für achtzig Pfennige jeden so zu malen, wie er gemalt zu werden wünscht (also mit oder ohne Bidel), auf einen der wackeligen Stühle. Er erhebt seine Stimme und kündigt an, daß sein Freund, den er schon gekannt habe, als er noch nicht neben seinen Schuhen hergelaufen sei und noch heile Sachen am Leibe gehabt habe, ein paar Gedichte vortragen werde. Und schon steht der Freund, ein junger Mensch, das Zeichen der Schwindsucht im Gesicht, auf dem gleichen Stuhle und erhebt seine Stimme. Das ist nun nicht das zarte Säuseln eines sanften Lyrikers, das wir jetzt hören, sondern eine Stimme, der anzuhören ist, daß sie gewöhnt ist, den Lärm Berliner Höfe zu durchschneiden, brüllt durch das Lokal. Erst allmählich wird die Stimme ruhiger. In das Ohr der Anwesenden, unter denen auch ein paar Studentinnen sitzen, die das Milieu gereizt, und ein bekannter Maler, der sich zur Feier des Tages den Hut verkehrt aufgesetzt hat, so daß er aussehend, als wäre er Napoleon persönlich, fallen Verse. Im kurzen, scharf abgehakten Rhythmus dieser Zeit. Und erfüllt von einer Bitterkeit, von der nur eine Jugend erfüllt sein kann, die das Leben bisher an allen, aber wirklich an allen Freunden der Jugend vorbeigeführt hat. Ohne jede Entschuldigung für die Generation vor ihnen sind

diese Verse, die anklagend durch den Saal schreien und das Leid von Millionen Jugendbliden künden, die sterben müssen an dieser Zeit, während die Genießer, Menschen, zu nichts nütze als den Friedhof zu düngen, leben dürfen.

Millionen sterben, aber sowas lebt! schließt der Junge resignierend sein Gedicht. Viel Bitterkeit und wenig Hoffnung liegt darin. Grundgefühl einer Jugend, die den Kampf verloren gab, ehe sie ihn gekämpft. Hoffnungslosigkeit ist auch der Grundrhythmus des zweiten Gedichtes:

So läßt die Not uns nicht mehr los, und unser Los heißt: Arbeitslos. Es verflucht sich von selbst, daß der Freund des Dichters nach dem Vortrag den Hut nimmt und sammelt und da an diesem Abend ein paar Künstler da sind, die schon aus der Wirrnis erster Anfänge herausgefunden haben und sich außerdem auch ein paar Bürger hierher verlaufen haben, kommen immerhin vier und eine halbe Mark zusammen. Genau, um wieder mal einen Tag das Leben fristen zu können, das eigentlich kein Leben ist.

Der Dichter sitzt wieder unbeachtet in einer Ecke. Sein Freund der Maler, versucht sich an einem Porträt, dessen Ähnlichkeit jedoch von dem Gemalten bezweifelt wird. Ich seh es halt so, sagt der Maler und ereifert sich. Das ist doch die Kunst. Aber ich tanns auch anders. Und dann malt er denselben Kopf nochmal so glatt, als wäre er aus einem Menschenalbum herausgeschnitten.

An den übrigen Tischen haben inzwischen die Diskussionen ihren Fortgang genommen. Der Kellner bringt neuen Kaffee und auch einige Schnäpse herum und da inzwischen in dem kleinen Raum die Luft so dick geworden ist, daß man sie stückweise herausatmen müßte, um sie zu erneuern, erheben wir uns, um draußen in der frischen Nachtlust nachzudenken über die Formen, unter denen hier eine Jugend ihr Leben zu zimmern sich müht.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Tisch-Tennis-Meisterschaft der Gehirnel.

24. September bis 9. Oktober 1932.

Heute Samstag um 4 Uhr nachmittags im Heim auf der Gehirnel Beginn der Ausscheidungslämpfe.

Genossen, besuche dieses Turnier!

Hör' zu, Kamerad!

Ich weiß, du hast es schwer, Kamerad. Ich weiß, du willst mal vergessen. Ich weiß auch, es reicht das bißchen Draht nicht zur Miete und nicht zum Essen.

Da sitzen die Herren mit gierigen Händen und fassen die Glendegroschen ein. Du schaffst ihnen riesige Dividenden und bleibst für sie doch: das beloffene Schwein!

Da opfert dein Freund, dein Klassenosse, für alle, für dich — Kraft, Freiheit, Blut! Ein anderer toterkt indes in die Wölfe.

Du sagst doch neulich: du hasst die Pfaffen? Du sagst: du wärst ein braver Prolet, der gegen alle, die nicht schaffen, wie sich gehört, im Klassenkampf steht!

Denn ohne Sinn und ohne Verstand — So will dich die herrschende Klasse. Drum auf, Kamerad, das Glas an die Wand!

Hedda Zinner. (Am „Westruf“, der Zeitschrift unserer Arbeiter-Abteilungen.)

Auswanderungsbewegung sinkt. Nach dem letzten Heft der Zeitschrift „Vystřehovalecký zpravodaj“ weist die Auswanderungsbewegung während der Monate April, Mai, Juni und Juli eine außerordentlich stark rückgängige Tendenz auf.

Einbruch im Kreisgericht. Dieser Tage erbrachen unbekannte Täter die Kasse des Kreisgerichtes in Chust, wo sie 5352 K in bar, Straßdepotiten im Werte von 1791 K, Stempel, fremde Valuten im Werte von 1000 K und ein Einlagbüchdel der Slovenska banka entwendeten.

Selbstmord eines untreuen Beamten. Der wegen Fernuntreuung von 400.000 RM. Anfang dieses Monats zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilte ehemalige Schatzmeister der Spar- und Darlehenskasse des Vereines Hamburgischer Staatsbeamten, Oberinspektor Steinbauer, hat vor der Strafverbüßung Selbstmord verübt.

20.000 Schulen fehlen.

Aus der Bildungsarbeit der spanischen Republik. — Die Propaganda der „Missionen“. Moderne Lehrerseminare.

Madrid, Mitte September. (Sig. Per.) Die spanische Republik hat seit ihrer Errichtung mit dem schlimmsten Feinde jeden Fortschritts zu kämpfen: Dem Analphabetismus.

Schulreform ist die wichtigste Aufgabe der spanischen Republik! lautete die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien während der Diktatur.

Früher lag das Unterrichtsweisen in Spanien fast ausschließlich in Händen des Klerus, für den es eine ansehnliche Verdienquelle bildete.

Als Hauptargument gegen die Schulreform diente den Reaktionsparteien das Schlagwort von den „Arbeitern, die gar kein Interesse haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken“.

möglichkeit, die nächste Schule lag drei Stunden entfernt in der Marktstadt. Die Regierung hat vier junge sozialistische Lehrer und drei Lehrerinnen entsandt sowie Kantinen für die Kinder mittelelter Arbeiter gestiftet.

Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die Republik nun die Gehälter der Lehrer — vor allem, um das Argument der Geilichkeit: „Der schlechtbezahlte Lehrer kann nichts taugen“ zu entkräften — erhöht.

Andere „Missionen“, die sich direkt an die Massen wenden, gehen zur Propaganda auf die Dörfer. Sie führen Radioapparate, Filme, Bibliotheken mit; eine Theatertruppe junger Lehrerspiranten gibt Klasservorstellungen.

Vor allem aber muß junges Lehrermaterial möglichst schnell herangebildet werden. In fast jedem größeren Provinzort ist daher bereits ein neues Seminar geschaffen worden.

Diese neuen Seminare sind auf der Basis der Gemeinschaftserziehung errichtet und in den Augen der katholischen Kreise Spaniens daher geradezu eine Ungeheuerlichkeit, die der „Sittlosigkeit“ und „Verderbnis“ Vorwand liefert.

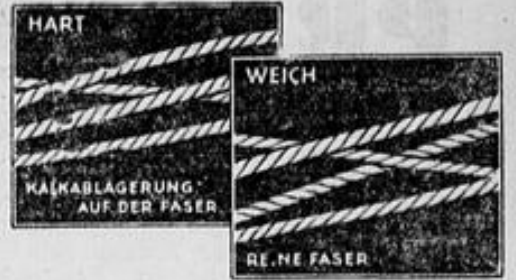
Herbstanfang.

Zum 24. September.

Der Herbst, die Zeit zwischen Sommer und Winter, bedeutet für jeden Menschen etwas anderes. Der eine sieht ihn rein astronomisch und weiß, daß für die nördliche Halbkugel der Erde der Herbst diejenige Zeit des Jahres bedeutet, in der die Sonne vom Äquator zur südlichsten Deklination geht.

Andere wiederum kümmern sich mehr um die meteorologischen Jahreszeiten und wissen, daß eigentlich die Monate September, Oktober und November in unseren Zonen zum Herbst gerechnet werden müssen.

Dichter aller Länder haben den Herbst besungen, und tatsächlich ist ein herblich gefärbter Wald — von 260 deutschen Gehölzen haben übrigens nur 47 Arten eine nennenswerte Herbstfärbung — ein wunderschöner Anblick.



Weiches Waschwasser schon die Wäsche.

denn es bilden sich in weichem Wasser nicht jene graugelben Kalkseifenklümpchen, die sich an der Gewebefaser festsetzen, sich nicht wegschweifen lassen und der Wäsche schaden.

Verlangen Sie 1 Grati-musterpaket bei Ihrem Kaufmann!



monaten nicht so arg zu verregnen, und das ist wichtig, wegen der Traubenernte! Denn im Herbst wird gekeltert, wird der Wein zubereitet, den man dann ein Jahr später zu trinken bekommt.

Der Herbst ist eine fruchtbare Jahreszeit, fruchtbar auch in anderer Beziehung, bildlich gesprochen. Denn er bringt uns den Beginn der Theaterfaison, bringt neue Stücke auf die Bühne, neue Filme, neue Operetten.

Der Herbst bringt aber auch in seinem letzten Teil das Ende der Saisonarbeit und damit allen Ländern erhöhte Arbeitslosigkeit. Die Felder sind abgemäht, der Bauer hat alles in die Scheune eingefahren und kann nun warten bis zum Frühjahr, bis die erste Saat hinaus muß.

Robert Gantner.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ueberstunden im August.

Nach den vorläufigen Daten des Statistischen Staatsamtes wurden im August 16 (im August des Vorjahres 135) Bewilligungen erteilt, und zwar an 15 (122) Betriebe für 5396 (28.560) Arbeitnehmer, von welchen 405 (8276) an der bewilligten Ueberstundenarbeit teilnahmen.

Von der Gesamtzahl der erteilten Bewilligungen entfallen auf die Textilindustrie 18,7 Prozent. Von den übrigen Klassen erreichen die meisten Bewilligungen die Maschinenherstellung, die Holzindustrie, die chemische Industrie und das Goldweien mit je 12,5 Prozent.

ADREMA ADRESSIERMASCHINEN. Erweiterte Organisations-Abteilung. Neue Prägestellen, auch in der Provinz. 57193. Neue Generalvertretung: GIBIAN & Co. PRAG II., ŠTĚPÁNSKÁ 32. TEL. 35151-53.

Empörte Streiter. Aus Wuppertal wird berichtet: Donnerstag nachmittags kam es in Ronsdorf bei Fabrikschluß mehrfach zu großen Ansammlungen Streikender vor dem Verwaltungsgebäude des Kabelwerkes Reins-hagen.

Dieser Stempel auf der Glasglocke



ist der Ausweis dafür, dass es eine echte Osram-Lampe ist. Er garantiert für erste Qualität, Wirtschaftlichkeit, hohe Ausnutzung des Stromes, grosse Lichtfülle, ökonomische Lebensdauer.

Erhältlich in den Elektro-Fachgeschäften!



PRAGER ZEITUNG.

Eine Erinnerung. Ein älterer Genosse schreibt uns: In Prag starb dieser Tage Genosse Arthur Fischer, Inhaber der Materialwarenhandlung E. K. & W. Vor einem Vierteljahrhundert war Fischer Beamter der Böhmisches Unionbau, wo er unter seinen Berufskollegen den Gewerkschaftsgedanken propagierte, für die damalige Zeit kein ungefährliches Beginnen, wo der Baubeamte wählte, einer bevorzugteren Klasse als jener der Angestellten und Arbeiter anzugehören. Die Bau hat ihn in der Folge mit einem weiteren Beamten namens Schulz wegen deren sozialistischer Propaganda entlassen. Als Antwort auf diesen Gewaltakt fanden Protestversammlungen statt, welche nicht geringes Aufsehen erregten, und aus jener Zeit datiert die eigentliche Gründung einer klassenbewußten Baubeamtenorganisation. Die beiden entlassenen Beamten führen übers große Wasser, eine neue Existenz, Schulz ist noch heute drüben, während Fischer nach ein paar Jahren nach Prag zurückkehrte und hier ein Geschäft begründete.

Gerhart Hauptmann wird am 12. und 13. Oktober 1932 als Gast der Prager „Urania“ anlässlich der Festlichkeiten zur Feier seines 70. Geburtstages in Prag weilen.

Die Deutschen in Prag VII. lassen sie nicht ruhen. Die Nationaldemokraten haben für Dienstag in die Raž-Säle in Prag VII. eine Versammlung einberufen, in welcher sie gegen den Bau der Prager deutschen Technik und die „Germanisierung Prags“ und besonders von Prag VII. protestieren wollen.

Allgemeine Pensionsanstalt in Prag. Montag, den 26. September und Dienstag, den 27. September findet die Reinigung der Räumlichkeiten statt. Es wird daher an diesen Tagen in der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Rašínovo nábř. 60 (Zentrale), in der Amtsstelle A der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Podbátšva 21, und in der Amtsstelle B der Allgemeinen Pensionsanstalt, Prag II., Rašínovo nábř. 60, nicht amtiert.

Gerichtssaal

Ein Indizienprozeß wegen Brandstiftung.

Ein unklarer Fall.

Prag, 23. September. Die Brandstiftung gehört nach unserem Gesetz zu den mit den schwersten Strafen bedrohten Hauptverbrechen und ein Prozeß wegen dieses Deliktes ist also eine überaus ernste Sache. Die Verantwortung, mit der die richtenden Geschworenen belastet sind, ist um so schwerer wiegend, wenn die Anklage auf Indizien aufgebaut ist und der Angeklagte seine Unschuld beteuert, wie in dem heute vor dem Schwurgerichtshof des OGH. Wražel verhandelte Fall.

Der 30jährige Rudolf Smejkal, der wegen dreifacher Brandstiftung, öffentlicher Gewalttätigkeit und der vierfachen Uebertretung des Diebstahls angeklagt ist, hat keinen leichten Stand. Schon sein Vorleben belastet ihn — er ist Bagabund und 3mal wegen Landstreicherei und kleinerer Eigentumsdelikte verurteilt und die vorliegenden Indizien wiegen nicht leicht. Aber auch die besten Indizien sind noch kein hundertprozentiger Beweis, wie die traurige Historie der Justizirrtümer und Justizmorde lehrt.

Am 10. April d. J. ging eine Schauer bei Kej in Flammen auf, einige Wochen später im benachbarten Ordlozeß zwei weitere Schauern, und zwar beide in ein und derselben Nacht. In einem der letztgenannten Fälle hat sich der Angeklagte selbst an den Löscharbeiten beteiligt (bei abnormalen Brandstiftungen, Phromanen, kein seltener Fall). Ferner will ihn ein Zeuge kurz vor Ausbruch des Feuers gesehen haben, wie er von der betreffenden Schauer wegief. Und endlich wurden in dem feuchten Boden der Tatorte Fußspuren des Täters gefunden, die mit denen des Angeklagten übereinstimmen, wie der aufgenommenen Gipsabgüsse beweist. Freilich gleichen sich bei der heutigen Massenfabrikation die Schuhe von Tausenden von Menschen und wenn ein unglücklicher Zufall es will, kann auch eine beim Abrufen unendlich erkennbare Sohlenreparatur des wirklichen Täters große Ähnlichkeit mit der eines unschuldigen Verdächtigten haben.

Was den ersten Fall betrifft, so stützt sich die Anklage gleichfalls nur auf indirekte Beweise. Smejkal, der schwerster Alkoholiker ist, hatte damals in einem Gasthaus gezecht, ohne Geld zu haben. Er wurde verprügelt und hinausgeworfen, wobei er Rachedrohungen ausgestoßen haben soll. Nun gehört aber die Schauer, die Smejkal angeblich angezündet hat, gar nicht dem Gastwirt, sondern einem ganz unbeteiligten Menschen, dem zu schaden der Angeklagte nicht den mindesten Grund hatte. Im übrigen beruft sich die Anklage darauf, daß Smejkal ihm begegnenden Leuten von dem eben ausgebrochenen Brande Mitteilung gemacht habe, wobei er so weit von der Brandstätte entfernt war, daß er normalerweise noch nichts von dem eben entstandenen Feuer haben sehen können, da die Flammen noch nicht aufgeschlagen waren. Aber diese Zeugen sagten heute viel unbestimmter aus und die Situation steht auch hier keineswegs absolut eindeutig im Sinne der Anklage fest.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Cechoslovakischen Republik.

Hauptniederlassung: Prag II., Bredeuergasse 14.
Zweigniederlassungen: Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Tschchen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.
1427

Völlig rätselhaft wäre in allen drei Fällen das Motiv. Der Angeklagte ist sonst kein Gewalttäter. Selbst wenn man in dem einen Fall annimmt, daß er im Rausch sich für den Hinauswurf aus dem Gasthaus durch Anzünden der erstbesten Scheune habe rächen wollen, so bleiben doch die anderen zwei Fälle ganz unerklärlich. Hier fehlt jede Spur eines Beweggrundes.

Prof. Dr. Marx, der das psychiatrische Gutachten erstattete und aufs gründlichste auf alle psychopathologischen Möglichkeiten einging, stellte fest, daß auch gar nichts dafür spreche, daß der Angeklagte den Phromanen gehöre, die beim Anblick eines Brandes sexuelle Erregung und Befriedigung finden. Im übrigen erklärte er Smejkal für einen degenerierten Alkoholiker mit gewissen psychischen Defekten, der zwar minderwertig, aber doch im Sinne des Strafgesetzes zurechnungsfähig sei. Bemerkenswert ist, daß er schon viermal wegen angeblicher Brandstiftung festgenommen wurde, doch wurde er stets freigesprochen. Schließlich fällt natürlich in solchen Fällen der Verdacht stets zuerst auf die Bagabunden.

Die anderen Punkte der Anklage wiegen nicht schwer. Vier Bagatelldiebstähle, wie sie dieser Landstreichler so nebenbei schon zu Duzenden vollbracht hat und eine öffentliche Gewalttätigkeit, weil er sich bei seiner Festnahme gewehrt und dem Polizisten das Gesicht zerkratzt hat.

Nach durchgeführtem Beweisverfahren erkannten die Geschworenen den Angeklagten in allen wesentlichen Punkten, meist mit Einheit schuldig und verneinten die Frage auf Sinnesverwirrung. Angesichts des Sachverhaltes konnte nach dem Buchstaben des Gesetzes

Sport * Spiel * Körperpflege

Die Europameisterschaft der Arbeiterfußballer beginnt!

Morgen das Eröffnungsspiel: Deutschland gegen Oesterreich in Dresden.

Der 6. Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale in Lüttich hat der Ausrichtung einer Europameisterschaft der Fußball-Ländermannschaften zugestimmt. Das erste Spiel findet bereits morgen, Sonntag, den 25. September, zwischen Deutschland und Oesterreich in Dresden statt. Die Anteilnahme für das Spiel in den Kreisen der Arbeitersportler ist riesengroß. Aus allen Teilen Mitteldeutschlands fahren ganze Mannschaften nach Dresden und tragen heute und Sonntag vormittags Spiele gegen Dresdener Mannschaften aus. Vor dem Länderpiel kommt ein Rugby-Werbespiel von zwei Auswahlmannschaften aus Hannover, der Hochburg des Rugbysportes, zum Austrag.

Die Voraussage, welche Mannschaft das Spiel gewinnt, ist bei der Gleichwertigkeit, die bei den letzten Spielen vorhanden war, nicht möglich. Deutschland und Oesterreich sind die spielstärksten Vertreter der I.S.A. Als solche haben sie auch die Olympiameisterschaft 1931 in Wien unter sich ausgemacht. Von den 14 Begegnungen, die bisher stattfanden, hat Oesterreich acht Spiele gewonnen. Die Leitung des Spiels wird ein belgischer Schiedsrichter haben.

Was ist und was will die Europa-Meisterschaft?

Die Europameisterschaft in Fußball ist ein Wettkampf um Punkte, der sich über zwei Jahre erstreckt. Träger des Meisterschaftswettkampfs ist die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale und ihr Fachauschuß für Fußball. Die Meldung zur Meisterschaft ist freiwillig. Ihre Meldungen haben bis jetzt abgegeben: Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei (Aussiger Verband), Polen, Schweiz, Finnland, Norwegen, Dänemark und Lettland. Wahrscheinlich werden auch Belgien, Holland und Ungarn teilnehmen. Jedes Land hat gegen jedes Land zweimal zu spielen. Es finden also zwei Runden statt. Ein gewonnenes Spiel zählt zwei, ein unentschiedenes Spiel einen Punkt. Die Mannschaften mit den meisten Punkten nach Beendigung der Serie ist Gewinner der Europameisterschaft. Diese nichternen Richtlinien der Europameisterschaft bilden in ihrer Auswirkung einen großen Anreiz zur Bildung von Arbeiterfußballvereinen in bisher arbeitersportlosen Ländern und zusammengekommen eine großartige Bekämpfung des internationalen Arbeiterfußballsportes. Nicht etwa Steigerung und Ausbau des Sensationsbedürfnisses oder eines überspannten Wettkampfsbedürfnisses, sondern ein ehrlicher Leistungswettbewerb, eine Höherführung der technischen Leistungen der spielschwächeren Länder, gegenseitige Lehrarbeit und technischer Meinungsaustausch, enges Arbeitsverhältnis und wachsende Verständigung

dieser Wahrspruch die Verurteilung des Angeklagten zu lebenslänglichem schweren Kerker zur Folge haben. Der Gerichtshof machte jedoch von seinem außerordentlichen Milderungsrecht Gebrauch und verurteilte Smejkal zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe, zu fünf Jahren schweren Kerkers. Der Angeklagte weinte bitterlich.

Kunst und Wissen

Johann Strauß veranstaltet mit seinem Symphoniker heute, den 24. d. M., um 8 Uhr abends in der Lucerna einen Abend.

Der Sirtinische Chor aus Rom mit Dir. Monsignore R. Casimiri veranstaltet am 1. Oktober in der Lucerna ein Konzert. Programm: Altitalienische Chorwerke.

Wochenspielfplan des Neuen Deutschen Theaters.
Samstag, 7.30 Uhr: „Die drei Musketiere“.
— Sonntag, 7.30 Uhr: „Samson und Dalila“ (C 2).
— Montag, 7.30 Uhr: „Der Hauptmann von Köpenick“ (B 3).
— Dienstag, 7.30 Uhr: „Figaros Hochzeit“ (A 2).
— Mittwoch, 7 Uhr: „Aida“ (B 1).
— Donnerstag, 7.30 Uhr: „Medea“ (C 1).
— Freitag, 7.30 Uhr: „Rauhach“ (D 1).
— Samstag, 7.30 Uhr: „Samson und Dalila“ (B 2).
— Sonntag, 7.30 Uhr: „La Boheme“ (C 1).

Wochenspielfplan der Kleinen Bühne. Samstag, 8 Uhr: „Il Stoc, Tür 19“.
— Sonntag, 8 Uhr: „Arm wie eine Kirchenmaus“.
— Montag: Geschlossen.
— Dienstag, 8 Uhr: „Die Waterloo-Brücke“.
— Mittwoch, 8 Uhr: „Coeur-Bube“.
— Donnerstag, 8 Uhr: „Dreimal Offenbach“ (Premiere).
— Freitag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“.
— Samstag, 8 Uhr: „Arm wie eine Kirchenmaus“.
— Sonntag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“.

Dienstag, den 27. September spricht Genosse

Dr. Emil Strauß

im Rahmen der „Urania“ über das Thema:

Wann werden wir die Wirtschaftskrise überwinden?

Wir empfehlen allen Parteigenossen den Besuch dieses öffentlichen Vortrages.



Schützen Sie ihr Eigentum

vor Einbruch und Diebstahl durch die Alarmanlage „SIGNALIA“, welche von der Lichtleitung unabhängig ist. Die Signalia ist eine Trockenbatterie, die sich nicht erschöpft und die jahrelang absolut verlässlich funktioniert.

Jedes Fachgeschäft wird Ihnen die Signalia gerne vorführen.

Der Wettkampf in Dresden, mit dem unsere Europameisterschaft beginnt, wird nicht allein ein sportliches Ereignis von erheblicher Bedeutung sein. Vielmehr noch größer ist seine politische Bedeutung. Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden nach Dresden kommen, um Zeuge einer Kundgebung zu sein, die der internationalen Verbundenheit der Arbeitersportler weithin sichtbaren Ausdruck gibt.

Der Beginn der Europameisterschaft wird eine internationale Kundgebung sein, ein Bekenntnis für den Arbeitersport, aber auch ein Bekenntnis zu den Zielen der kämpfenden Arbeiterklasse.

In der schweren Zeit, in der wir leben, soll jedes Zusammentreffen von Arbeitern, zu welchem Zwecke immer es erfolgen mag, auch den großen Aufgaben gewidmet sein, die dem Proletariat durch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestellt sind. Ueber die Dresdener Veranstaltung schweben die Schatten der Wirtschaftskrise, die aber verschleudert werden durch die Sonnenklarheit des Kampfes, die die Massen der deutschen Arbeiterklasse durchglüht. Wo unsere roten Fahnen wehen, lebt der Geist des Widerstandes gegen den Faschismus und gegen die Reaktion. Mag in der Europameisterschaft welche Nation immer siegen, der dauernde Erfolg dieser Veranstaltung gehört nicht einem Volke, sondern allen Völkern. In diesem Sinne begrüßen wir den Dresdener Tag als einen verheißungsvollen Anstalt proletarischer Kraft und internationaler Verbundenheit.

Das nächste Europameisterschaftsspiel: Tschechoslowakei gegen Deutschland.

Am 9. Oktober findet im Aussiger Stadion das zweite Europameisterschaftsspiel statt, in dem Tschechoslowakei (Aussiger Verband) und Deutschland um den Sieg kämpfen werden. Auch Aussig soll an diesem Tage das Stelldichein der Arbeitersportler werden! Deshalb werbet, rüestet für Autobusfahrten usw., damit kein Arbeitersportler, kein klassenbewußter Arbeiter fehle!

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Montag, den 26. September, um 8 Uhr abends im Odborovh bunn, blaues Zimmer, Sitzung der Bezirksvertretung.

Jugendbewegung.

S. J. I. Sonntag Wanderung nach Sudol. Treffpunkt um 8 Uhr, Endstation der Ger-Elektrischen im Baumgarten. Beteiligt euch zahlreich!

Freie Vereinigung der Akademiker (S. J. II). Sonntag: Wanderung, halb 9 Uhr, Endstation der Str. Frevnov.

Kinderfreunde Prag.

Sonntag, den 25. September, bei schönem Wetter Ausflug nach Troja, Cimicr Bische und Kobylis. Treffpunkt 10 Uhr mittags bei der Endstation der Dreier-Linie in Holleschoviv. Funktionäre, Achtung! Am Dienstag um halb 7 Uhr abends im „Sozialdemokrat“ wichtige Ausschußsitzung.

ARNO PLAUERT
Werkzeugmaschinenfabrik
Warnsdorf

Sämtl. Maschinen für die Metallbearbeitung in modernster Ausführung